

Der folgende Artikel erschien in *Hartmut Ihne/Jürgen Wilhelm (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, 3., neu überarb. Aufl., Berlin 2013, S. 41-65*. Layout und Paginierung stimmen nicht mit dem Buchartikel überein, in dem u. a. leider die Abbildung 2 nicht wiedergegeben wurde und eine Fußnote fehlt.

## 2. Kapitel

### Inhalte der Entwicklungspolitik

#### 2.1 Die Millenniumsentwicklungsziele

von Uwe Holtz

- *Die Millenniumsziele – ein wichtiger Kompass für eine bessere Welt*
- *Eine gemischte Bilanz*
- *Die acht Millenniumsziele – eine defekte, defizitäre Vision*
- *Positiv- und Negativfaktoren für Entwicklungsfortschritte*
- *Traurige Aussichten für 2015 bei Horizontaufhellungen – was tun?*

#### *Die Millenniumsziele – ein wichtiger Kompass für eine bessere Welt*

Im September des Jahres 2000, am Anbruch eines neuen Jahrtausends, versprachen 189 UN-Mitgliedstaaten in der Millenniumserklärung, eine bessere Welt aufzubauen. Sie wollten keine Mühen scheuen, um Männer, Frauen und Kinder aus den erbärmlichen und entmenslichenden Lebensbedingungen der extremen Armut herauszuführen; sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, das Recht auf Entwicklung für jeden zur Wirklichkeit werden zu lassen und die gesamte Menschheit von Not zu befreien.<sup>1</sup> Auf der Grundlage der Millenniumserklärung nahm ein Jahr später die UN-Generalversammlung den „Kompass“ (*Roadmap*) für die Umsetzung der Millenniumserklärung mit acht konkreten, quantitativen Millenniumsentwicklungszielen an (vgl. UN-Generalversammlung 2001).

Die acht Millenniumsentwicklungsziele/MEZ (*Millennium Development Goals/MDGs*) beziehen sich auf ökonomische und soziale, ökologische und globale Aspekte.<sup>2</sup> Sie lauten: (1) Beseitigung der extremen Armut und des Hungers, (2) Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, (3) Förderung der Gleichstellung der Geschlechter (*gender equality*) und Stärkung von Macht und Einfluss (*empowerment*) der Frauen, (4) Senkung der Kindersterblichkeit, (5) Verbesserung der Gesundheit von Müttern, (6) Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten, (7) Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und (8) Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Die meisten Ziele sollen bis 2015 realisiert werden, wobei das Jahr 1990 die Ausgangslage darstellt. Mittlerweile wurden die MEZ durch insgesamt 21 Zielvorgaben (siehe Abbildung 1) und rund 60 Indikatoren präzisiert und konkretisiert.

Die Millenniumsziele, die miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig stützen, bilden seitdem einen international anerkannten Rahmen für eine menschenzentrierte Entwicklung, eine humanere Globalisierung und die weltweite Entwicklungspolitik.<sup>3</sup> Sie benennen wichtige Mindestvoraussetzungen für ein besseres Leben, stellen aber keine umfassende Entwicklungsagenda dar, weil wichtige Bereiche wie Frieden, Demokratie und Kultur ausgespart bleiben. Dennoch war die Verständigung auf die acht Millenniumsziele

<sup>1</sup> So die von der UN-Generalversammlung am 8. September 2000 angenommene UN-Millenniumserklärung (Resolution A/55/L.2, in: <[www.un.org/Depts/german/millennium/ar55002-mill-erkl.pdf](http://www.un.org/Depts/german/millennium/ar55002-mill-erkl.pdf)>; auf Englisch: <[www.un.org/millennium/declaration/ares552e.html](http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.html)> [15.07.2012].

<sup>2</sup> Die MEZ greifen jene Ziele auf, die auf internationalen Konferenzen, wie der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, angenommen und – mit Ausnahme von MEZ 8 – bereits vom Entwicklungsausschuss der OECD (Shaping the 21<sup>st</sup> Century, Paris, Mai 1996) gelistet worden sind.

<sup>3</sup> Für die generellen Ausführungen siehe Holtz (2010).

zweifelsohne ein großer Schritt in Richtung auf einen „globalen Gemeinwillen“ (Holtz 2006: 118), der das „Globalwohl“ repräsentiert und auf der Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern<sup>4</sup> beruht, von der schon 1980 Willy Brandt und die von ihm geleitete Nord-Süd-Kommission in dem Bericht „Das Überleben sichern“ sprachen.

Auch in Deutschland haben staatliche und nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen, wie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit oder die große Nichtregierungsorganisation Deutsche Welthungerhilfe sowie zivilgesellschaftliche Kampagnen (so die UN-gestützte Millenniumskampagne Deutschland<sup>5</sup> oder auch Stiftungen) die MEZ und die Millenniumserklärung als Referenzrahmen anerkannt; sie alle arbeiten und werben für ein größeres Engagement.

Abbildung 1: Millenniumsentwicklungsziele und Zielvorgaben

<p><i>Millenniumsentwicklungsziele und Zielvorgaben</i>          Unter Berücksichtigung der <u>Erweiterung</u> der Ende 2007 vorgenommenen Zielvorgaben von 18 auf 21 sowie der danach erfolgten Ergänzungen</p> <p><b>MEZ 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers</b>  <i>Zielvorgabe 1:</i> Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen in Kaufkraftparitäten weniger als 1US-Dollar [2008 auf 1,25 US-Dollar angepasst] pro Tag beträgt  <i>Zielvorgabe 2:</i> Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige [<i>decent</i>] Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen [<i>vorher so ähnlich eine Zielvorgabe unter MEZ 8</i>]  <i>Zielvorgabe 3:</i> Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden</p> <p><b>MEZ 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung</b>  <i>Zielvorgabe 4:</i> Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können</p> <p><b>MEZ 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen</b>  <i>Zielvorgabe 5:</i> Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015</p> <p><b>MEZ 4: Senkung der Kindersterblichkeit</b>  <i>Zielvorgabe 6:</i> Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken</p> <p><b>MEZ 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern</b>  <i>Zielvorgabe 7:</i> Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken  <i>Zielvorgabe 8:</i> Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu Leistungen der Reproduktionsmedizin verwirklichen</p> <p><b>MEZ 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten</b></p>
--

<sup>4</sup> Auf die Problematik der auch in UN-Dokumenten benutzten Begriffe, wie Industrieländer oder entwickelte Länder und Entwicklungsländer oder Entwicklungsregionen, kann nicht näher eingegangen werden. Es gibt jedoch Gründe dafür, alle Länder der Welt als „Entwicklungs- oder Übergangsländer“ zu bezeichnen, weil sie sich – etwa hinsichtlich des Umwelt- und Klimaschutzes – auf dem Weg zu einer besseren Entwicklung befinden (sollten).

<sup>5</sup> Leider konnte der deutsche Zweig der UN-Millenniumskampagne (<www.un-kampagne.de> [15.07.2012]) seine erfolgreiche Arbeit nicht mehr nach dem 30. Juni 2011 fortführen, weil das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nach sechs Jahren seine finanzielle Unterstützung für die Kampagne einstellte und es nicht gelungen war, eine alternative Finanzierungsquelle für das Kampagnenteam zu finden.

*Zielvorgabe 9:* Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

*Zielvorgabe 10:* Bis 2010 allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle, die sie benötigen, sicherstellen

*Zielvorgabe 11:* Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

#### **MEZ 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit**

*Zielvorgabe 12:* Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

*Zielvorgabe 13:* Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010

*Zielvorgabe 14:* Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

*Zielvorgabe 15:* Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Mio. Slumbewohnern herbeiführen

#### **MEZ 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft**

*Zielvorgabe 16:* Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln [umfasst die Verpflichtung auf gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln [*good governance*], Entwicklung und Armutsminderung auf nationaler und internationaler Ebene]

*Zielvorgabe 17:* Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen [umfasst den zoll- und quotenfreien Zugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie großzügigere öffentlicher Entwicklungshilfe an Länder, die sich zur Armutsminderung verpflichtet haben]

*Zielvorgabe 18:* Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen [durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung]

*Zielvorgabe 19:* Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen

*Zielvorgabe 20:* In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen

*Zielvorgabe 21:* In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Quellen: UN-Generalversammlung 2001, United Nations Statistics Division 2008, Vereinte Nationen 2011a, Vereinte Nationen 2011b; die seit 15. Januar 2008 gültige Liste auch unter <http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Attach/Indicators/OfficialList2008.pdf>, redaktionell von U. H. bearbeitet.

Mit dem im April 2001 verabschiedeten „Aktionsprogramm 2015“, besonders von der Ministerin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Heidemarie Wiecek-Zeul, befördert, unterstrich die Bundesregierung – so Bundeskanzler Gerhard Schröder – den „Willen Deutschlands, aktiv an der Halbierung der Armut mitzuwirken“ (BMZ 2001: Vorwort). Für Entwicklungsminister Dirk Niebel handelt es sich sogar um „acht Gebote“ für die internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und zugleich um einen „Leitfaden“ für die eigene EZ (vgl. BMZ 2010: Vorwort). Mit der 2005 erfolgten Revision des zwischen der EU und 79 Staaten aus Afrika, der Karibik und dem

Pazifischen Raum abgeschlossenen, völkerrechtlich verbindlichen Cotonou-Partnerschaftsabkommens bekräftigen die mehr als einhundert Vertragsstaaten die Verpflichtung auf die „klare Vision“ der Millenniumsentwicklungsziele und betonen, dass diese die EU-AKP-Zusammenarbeit untermauern müssten (vgl. European Commission 2006: 4). Mit ihrem „Zwölfpunkte-Aktionsplan der EU zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele“ (EU 2010) will die Kommission einen Beitrag zur Beschleunigung der Zielerreichung der MEZ bis 2015 leisten.

Die Millenniumsziele bzw. deren Verwirklichung tragen zu wichtigen, aber nicht allen Aspekten von Entwicklung bei. Denn auch wenn es keine allgemein gültige Definition von Entwicklung gibt, so dürfte die Erkenntnis weitgehend akzeptiert sein, dass Entwicklung mehr ist als ein nur auf die acht MEZ reduzierter Prozess. Entwicklung ist vielmehr ein mehrdimensionaler, komplizierter, langwieriger, sozio-ökonomischer Prozess, der auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen abzielt, Freiheit von Not und Furcht für alle anstrebt, Frieden und Sicherheit garantiert und spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung sowie der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften und der Einen Welt verpflichtet ist. Entwicklung umfasst zumindest folgende Dimensionen: Politik (Demokratie und Menschenrechte), Wirtschaft (Produktivitätssteigerungen, Arbeitsplätze schaffendes und Armut beseitigendes Wirtschaftswachstum, Unternehmen, die ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen), Soziales (soziale Gerechtigkeit, soziale Grunddienste), Umwelt (ökologische Nachhaltigkeit) und Kultur (kulturbewusste Entwicklung, die kulturelle Entfaltung ermöglicht und für den Wandel offen ist).<sup>6</sup>

Auf die Entwicklung bzw. den Entwicklungsprozess eines Landes wirken viele interne und externe Akteure und Faktoren ein. Im Vergleich etwa zu den Eigenanstrengungen und den internationalen Handels-, Finanz- und Austauschbedingungen ist die Entwicklungszusammenarbeit (im internationalen Sprachgebrauch *Official Development Assistance*/ODA = öffentliche Entwicklungshilfe) oft nur ein Leichtgewicht.<sup>7</sup> Sie kann in der Regel nur bescheidene Beiträge zur Entwicklung eines Landes leisten und ist meist schon vom Volumen her von nachrangiger Bedeutung. Ihre Rolle wird im Positiven wie Negativen häufig überschätzt.

Die MEZ tragen dazu bei, die unterschiedlichen Entwicklungsakteure auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene zu mobilisieren, und sind Ausdruck einer zwischen den „entwickelten“ und den „Entwicklungsländern“ eingegangenen Verpflichtung, auf nationaler wie internationaler Ebene ein Umfeld zu schaffen, das der Entwicklung und der Realisierung der MEZ förderlich ist. Sie bieten Orientierung für die Entwicklungsländer, die Entwicklungspolitiken der Industrieländer und der EU, für Parlamente, für UN-Organisationen, internationale Entwicklungsbanken sowie für Nichtregierungsorganisationen, private Akteure und Stiftungen, die Wirtschaft und auch für die Wissenschaft.

<sup>6</sup> So will das EU-AKP-Abkommen von Cotonou die Ziele der Partnerschaft nach einem integrierten Konzept angehen, „das den politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltaspekten der Entwicklung gleichermaßen Rechnung trägt“ (Art. 1) (BMZ 2002: 25).

<sup>7</sup> Die ODA fließt den Entwicklungsländern und -gebieten aus Steuermitteln der Industrieländer („Geber“) in Form von Zuschüssen (*grants*) und zinsgünstigen Krediten (*concessional/soft loans*) zu. Die Liste der „Empfängerländer“ wird vom Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) erstellt. Bei der ODA – und damit auch bei der ODA-Anrechnungsfähigkeit – handelt es sich nach der Definition des DAC um a) unentgeltliche oder zinsgünstige mit einem Zuschuss- bzw. Schenkungselement von mindestens 25 Prozent versehene Leistungen an Entwicklungsländer, regionale- oder multilaterale Organisationen, b) die von öffentlichen bzw. staatlichen Stellen (auch von Ländern und Gemeinden) gewährt werden und c) in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Hebung des Lebensstandards dienen. Nach den DAC-Melderichtlinien sind auch Schuldenerlasse, Verwaltungskosten, Kosten (des ersten Aufenthaltsjahres) für Flüchtlinge aus Entwicklungsländern in Deutschland und Kosten für Studierende aus Entwicklungsländern anrechenbar; nicht anrechenbar sind Kosten für die Unterstützung des Militärs in Entwicklungsländern oder die Abschiebekosten von Flüchtlingen (vgl. OECD 2011b).

### *Eine gemischte Bilanz*

Wenige Jahre vor Ablauf der Frist für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele fällt die kollektive Bilanz gemischt aus: Es gibt Erfolge, Halberfolge und Rückschläge, Licht und Schatten. Während bei einer Reihe von Entwicklungsländern bemerkenswerte Fortschritte (zumindest in Teilbereichen) zu verzeichnen sind, befinden sich andere auf Abwegen oder bestenfalls auf der Kriechspur zu den Millenniumszieltoren. Auch die Industrieländer haben zu wenig getan. (Holtz 2010: 4)

Im Schlussdokument des New Yorker Armuts- und Millenniumsgipfels der Vereinten Nationen im September 2010 ist von Erfolgen, uneinheitlichen Fortschritten und vielen Herausforderungen die Rede (vgl. UN General Assembly 2010). Im Vorfeld des Gipfels hatten die Vereinten Nationen mit ihrem sog. Fortschrittsbericht, die Weltbank und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen wie auch die Bundesregierung und die EU in ihren Berichten ebenfalls ein differenziertes Bild der Erfolge und Misserfolge bei der Verwirklichung der MEZ gezeichnet.

Die neuesten Daten über globale Trends bestätigen, dass substantielle Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter, der Grundschulbildung, dem Zugang zu Wasser sowie der Bekämpfung von Armut und Hunger zu verzeichnen sind. Bei dem Globalziel, die Einkommensarmut bis zum Jahre 2015 zu halbieren, ist die Welt auf ganz gutem Wege (vgl. auch Vereinte Nationen 2012). Bei den gesundheitsbezogenen Zielen, wie Kinder- und Müttersterblichkeit und sanitäre Grundversorgung, sind die Fortschritte schleppend; für die meisten Entwicklungsregionen<sup>8</sup> sind die entsprechenden Zieltore außer Reichweite, aber Ostasien, Ozeanien, Lateinamerika sowie Zentralasien kommen besser voran als die anderen Regionen. Generell lässt sich feststellen, dass arme Länder und Regionen hinterherhinken (vgl. World Bank 2011: 11f.). Hinsichtlich der Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit und der Schaffung einer weltweiten Partnerschaft bleiben die Fortschritte hinter den Erwartungen und Versprechungen zurück.

Zu Recht wird von einer Heterogenität bei der Zielerreichung gesprochen, und zwar nicht nur in Bezug auf Länder, sondern auch innerhalb von Ländern sowie zwischen Stadt und Land. Beim Vergleich der Entwicklungsregionen fällt auf, dass Subsahara-Afrika als Gesamtregion am schlechtesten abschneidet, weil hier – bis auf eine Ausnahme – die Zielvorgaben wohl nicht erreicht werden (siehe Abbildung 2).

Auf die einzelnen MEZ bezogen, bietet sich folgendes Bild.<sup>9</sup> Am bekanntesten und wohl bedeutendsten ist das erste Millenniumsziel „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers“ (*MEZ 1*) mit seinen drei Zielvorgaben (siehe Abbildung 1). Den Daten zufolge, wie sie im Juni 2011 verfügbar waren, hat sich die Zahl der in extremer Armut Lebenden von 1,8 Mrd. im Jahre 1990 auf 1,4 Mrd. in 2005 (davon 70 Prozent Frauen) reduziert. Dies klingt nicht sehr erfolgreich, kann sich aber angesichts des Anstiegs der Weltbevölkerung von 5,3 Mrd. auf 6,5 Mrd. in diesem Zeitraum sehen lassen. Die Armutsquote fiel von 46 auf 27 Prozent. Das Ziel, bis 2015 die weltweite Armutsrate auf unter 23 Prozent zu reduzieren, kann trotz der Wirtschafts-, Finanz-, Nahrungs- und Energiekrisen erreicht und sogar global unterschritten werden (nach optimistischen Annahmen auf unter 15 Prozent), wobei sich die Lage in einzelnen Regionen und Ländern unterschiedlich darstellt.

<sup>8</sup> Die UNO unterscheidet zehn Regionen bzw. „regionale Gruppen“: Entwickelte Regionen und die Entwicklungsregionen Kaukasus & Zentralasien, Nordafrika, Subsahara-Afrika (Afrika südlich der Sahara), Südostasien, Ozeanien (Pazifik), Ostasien, Südasien, Westasien, Lateinamerika & Karibik (vgl. Vereinte Nationen 2011a: 67).

<sup>9</sup> Die Bilanzausführungen, die einem vergrößernden Parforceritt gleichen, fußen z.T. wörtlich v. a. auf den UN-Fortschrittsberichten (vgl. Vereinte Nationen 2010 und Vereinte Nationen 2011a), dem Bericht des UN-Generalsekretärs (vgl. Vereinte Nationen 2011b) und auf dem Überprüfungsbericht der Weltbank (vgl. World Bank 2011). Zu beachten ist bei vielen – manchmal auch bis 2005 zurückgehenden – Zahlen und Datensätzen, dass sie oft nur Annäherungs- und Schätzwerte darstellen. Natürlich liefert eine Statistik, die über den Anteil von Frauen in einem Parlament zu einem bestimmten Zeitpunkt Auskunft gibt, zuverlässigere Daten als die Messung über die Müttersterblichkeit, also die Sterbefälle aufgrund von Komplikationen während Schwangerschaft oder Geburt: Diese „ist bestenfalls problematisch. Systematische Unter- und Fehlerfassung ist an der Tagesordnung, und die Schätzungen weisen hohe Unsicherheitsintervalle auf“ (Vereinte Nationen 2010: 30).

Abbildung 2: Millenniumsziele – Umsetzungsstand 2012 für Afrika südlich der Sahara

MEZ 1 Beseitigung der extremen Armut und des Hungers Extreme Armut halbieren Produktive, menschenwürdige Beschäftigung Hunger halbieren	sehr hohe Armut (b) sehr hohe Defizite (b) sehr verbreiteter Hunger (b)
MEZ 2 Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung Allgemeine Grundschulbildung	mäßige Bildungsbeteiligung (b)
MEZ 3 Gleichstellung der Geschlechter und <i>empowerment</i> der Frauen Gleiche Einschulungsquote Frauenanteil an der Erwerbsbevölkerung Gleiche Vertretung von Frauen in nationalen Parlamenten	fast gleich (a) mittlerer Anteil (b) mäßige Vertretung (b)
MEZ 4 Senkung der Kindersterblichkeit Senkung der Sterblichkeit um zwei Drittel bei Kindern unter 5 Jahren	hohe Sterblichkeit (b)
MEZ 5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern Müttersterblichkeit um drei Viertel senken Zugang zu reproduktiver Gesundheit	sehr hohe Sterblichkeit (b) geringer Zugang (b)
MEZ 6 Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und umkehren Ausbreitung von Tuberkulose zum Stillstand bringen und umkehren	hohe Inzidenz (a <sup>10</sup> ) hohe Sterblichkeit (b)
MEZ 7 Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit Anteil der Menschen ohne besseres Trinkwasser halbieren Anteil der Menschen ohne Sanitärversorgung halbieren Lebensbedingungen von Slumbewohnern verbessern	niedriger Versorgungsgrad (b) sehr niedriger Versorgungsgrad (b) sehr hoher Anteil (b)
MEZ 8 Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft Internetnutzer	mittlerer Nutzungsgrad (b)

- (a) Zielvorgabe bereits erreicht oder voraussichtlich bis 2015 erreicht  
(b) Zielvorgabe wird bei Fortsetzung der derzeitigen Trends nicht erreicht  
(c) Stillstand oder Rückschritt

Quelle: United Nations Statistics Division. Die Trends und der Umsetzungsstand beruhen auf den im Juni 2012 vorhandenen Angaben. Bei den meisten Indikatoren stammen die zuletzt verfügbaren Daten aus den Jahren 2010 bis 2012, bei einigen dagegen gehen sie auf 2008 zurück. (vgl. [http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Static/Products/Progress2012/Progress\\_E.pdf](http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Static/Products/Progress2012/Progress_E.pdf) und [www.un.org/Depts/german/millennium/mdg\\_2012%20Progress%20Chart.pdf](http://www.un.org/Depts/german/millennium/mdg_2012%20Progress%20Chart.pdf) [15.07.2012]).

Die Situation hatte sich besonders in Ostasien bzw. Südostasien verbessert, wo der Anteil der Armen von 60 auf 16 bzw. von 39 auf 19 Prozent gefallen ist. Die zahlenmäßig größten Erfolge konnten dabei in China und Indien erzielt werden, obwohl dort immer noch Hunderte von Mio. von Menschen in Armut leben. Von Halberfolgen kann man in Lateinamerika und der Karibik sowie in Nordafrika sprechen. Unbefriedigend ist die Situation in Westasien und vor allem in Subsahara-Afrika, wo der Anteil von 58 auf lediglich 51 Prozent gefallen ist, also die Hälfte der Bevölkerung in extremer Armut – überwiegend in ländlichen Gebieten – lebt. Dass sich die aggregierten Zahlen auf die Gesamtbewertung der Regionen beziehen und die Situation einzelner Länder innerhalb einer bestimmten Region erheblich von den gesamtregionalen Werten abweichen kann, zeigen die Beispiele Südafrika und Uganda, wo das Halbierungsziel in den Bereichen Armut und Hunger bis 2015 wohl erreicht werden kann.<sup>11</sup>

Eine Schlüsselaufgabe der Armutsbekämpfung ist es, allen Menschen den Zugang zu menschenwürdiger und angemessen bezahlter Arbeit zu ermöglichen, wovon man jedoch in vielen Entwicklungsländern weit entfernt ist. Im weltweiten Durchschnitt bewegte sich 2010 der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung zwischen 70 Prozent in Ostasien und 43 Prozent in Westasien, wobei die Beschäftigungsquote von Frauen um rund ein Viertel

<sup>10</sup> In der Quelle (United Nations Statistics Division 2012) wird erstaunlicherweise eine (a)-Bewertung vorgenommen.

<sup>11</sup> Siehe den UN MDG Monitor ([www.mdgmonitor.org/country\\_progress.cfm](http://www.mdgmonitor.org/country_progress.cfm) [15.07.2012]), wo zu den Entwicklungsländern Informationen über die Erreichung der acht MEZ abgerufen werden können.

niedriger war als die der Männer. Immerhin konnten in einer Reihe von Entwicklungsländern viele Arbeitsplätze bei höherer Arbeitsproduktivität – in der Regel von der Privatwirtschaft – geschaffen werden – vor allem in den Schwellenländern China, Indien und Brasilien. Die höhere Produktivität in einigen Ländern Afrikas ist zu einem beträchtlichen Teil auf Aktivitäten im Minen- und Bergwerkssektor zurückzuführen, so in Angola, Botswana und Nigeria (vgl. Economic Commission for Africa/African Union/African Development Bank 2009: 6).

Das Platzen der Immobilienblase in den Vereinigten Staaten 2007 und die darauffolgende Lähmung des globalen Finanzsystems führten in eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise, die die ganze Welt – mit unterschiedlicher Intensität – heimsuchte. Durch den Dominoeffekt der Krise wurden Volkswirtschaften lahmgelegt, sanken Unternehmenskapazitäten und wurden Mio. Menschen arbeitslos oder fanden – wie viele Jugendliche – keinen Job. Viele Arbeitnehmer wechselten in unsichere Beschäftigungsverhältnisse, und in einigen Regionen erhöhte sich die Erwerbsarmut.

Die Zahl der Erwerbstätigen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar (in Kaufkraftparitäten) pro Tag auskommen mussten, sank zwar in den Entwicklungsregionen von 973 in 1991 auf 632 Mio. Erwerbstätige in 2009, stieg aber in einigen Regionen, so beispielsweise in Subsahara-Afrika von 125 auf 184 Mio. (siehe auch Abbildung 3).

Abbildung 3: Zahl der Erwerbstätigen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen Gesamtzahl (in Millionen)

	1991	1999	2009
<b>Welt</b>	972,8	875,1	631,9
<b>Entwicklungsregionen</b>	970,9	871,4	631,7
<b>Nordafrika</b>	2,5	2,2	1,3
<b>Afrika südlich der Sahara</b>	124,7	155,8	184,0
<b>Lateinamerika und Karibik</b>	21,8	26,3	17,4
<b>Ostasien</b>	444,4	286,2	73,0
<b>Südostasien</b>	264,9	285,5	282,3
<b>Südostasien</b>	104,5	104,9	62,2
<b>Westasien</b>	3,1	3,1	4,2
<b>Ozeanien</b>	1,0	1,1	1,5
<b>Kaukasus und Zentralasien</b>	4,0	6,3	5,9
<b>Entwickelte Regionen</b>	1,9	3,7	0,2
<b>Am wenigsten entwickelte Länder</b>	151,0	184,7	206,2
<b>Binnenentwicklungsländer</b>	61,9	73,8	77,8
<b>Kleine Inselentwicklungsländer</b>	3,2	4,1	5,4

Quelle: Vereinte Nationen 2011b: 27.

Der afrikanische MEZ-Fortschrittsbericht 2011 stellt eine Verbindung zwischen Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbsarmut und den jüngsten politischen Entwicklungen in Nordafrika, dem millionenfachen Aufstand gegen autokratische Regime, her. Die Herausgeber mahnen, diese seien ein Weckruf für Afrika und andere Weltregionen, beim Wachstum stärker auf Inklusion, Gerechtigkeit und einen Lohn zu achten, der ein anständiges Leben ermöglicht (vgl. African Development Bank/Economic Commission for Africa/African Union/UNDP 2011: VII).

Bei der Hungerbeseitigung konnten seit 1990 – global gesprochen – nur geringe Fortschritte verzeichnet werden. Global gesprochen hat sich der Anteil der unter Hunger Leidenden trotz der Armutsminderung bei etwa 16 Prozent eingependelt. In einzelnen Ländern,

wie Brasilien und Vietnam, gab es jedoch erstaunliche Erfolge im Kampf gegen den Hunger. Der leichte Abwärtstrend wurde durch die hohen Nahrungsmittelpreise und die globale Wirtschaftskrise gestoppt, zum Teil umgekehrt. Die Zahl der weltweit Hungernden, die je nach Quelle schwanken, liegt bei etwa 900 Mio. bis eine Milliarde Menschen (bei einer Weltbevölkerung von zurzeit sieben Mrd.). Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen war sie im Jahre 2009 sogar auf über eine Mrd. und damit einen Rekordwert hochgeschwollen.<sup>12</sup> Biosprit und die Landnahmen irritieren viele, die den Hunger beseitigt sehen wollen.

Beim Hunger-Halbierungsziel sank in Subsahara-Afrika der Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung von 31 Prozent in 1990 auf 27 Prozent in 2008. In Südostasien und Ostasien waren die größten Erfolge zu vermelden (von 24 auf 14 Prozent und von 18 auf 10 Prozent).

In Bezug auf *MEZ 2* – die allgemeine Grundschulbildung bis 2015 verwirklichen – konnten in fast allen Entwicklungsregionen bemerkenswerte Fortschritte registriert werden; die generelle Einschulungsquote stieg von 80,5 Prozent (1991) auf 89,0 Prozent (2009): Mit einem Anstieg von 18 Prozentpunkten zwischen 1999 und 2009 (von 58 auf 76 Prozent) hat sich die Lage in Subsahara-Afrika am meisten verbessert, wobei sich Länder wie Benin, Burkina Faso, Mali, Mosambik und Niger um mehr als 25 Prozentpunkte gesteigert haben, was auch auf den Wegfall von Schulgebühren zurückzuführen ist – gefolgt von Südostasien und Nordafrika, wo der Zuwachs 12 bzw. 8 Prozentpunkte betrug.

Dennoch ist das globale und auch das Subsahara-Fortschritts-tempo zu langsam, um generell *MEZ 2* bis 2015 zu erreichen. Zudem müssten die Kinder die Grundschulbildung vollständig abschließen, was aber nur bei 87 von 100 Kindern der Fall ist, wobei in der Hälfte der am wenigsten entwickelten Länder sogar mindestens zwei Fünftel der Kinder die Grundschule vor der letzten Klasse verlassen.

Gemäß den Zielvorgaben von *MEZ 3* sollte das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigt sein, und zwar vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015. Nach Verstreichen des ersten Zieldatums ist die Geschlechterparität nicht erreicht. Aber immerhin lässt sich eine Verbesserung feststellen: In den Entwicklungsregionen kamen 2009 sowohl im Grundschul- als auch im Sekundarbereich auf 100 Jungen jeweils 96 Mädchen (1999 betrug das Verhältnis noch 91 bzw. 88 zu 100). In mehr als zwei Dritteln der Länder gehen inzwischen gleich viele Mädchen wie Jungen in die Grundschule. Dennoch bleibt in einer Reihe von Ländern und Regionen Bildung – ein Schlüsselfaktor für Entwicklung – für Mädchen Zukunftsmusik; für viele von ihnen ist Armut eine große Bildungsschranke.

Was die Berufs- und Arbeitswelt angeht, so sind Frauen überproportional im unsicheren informellen Sektor, in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder unselbständig tätig. In mindestens der Hälfte der Regionen stehen sie beim Zugang zu bezahlter Erwerbstätigkeit hinter den Männern zurück; in Subsahara-Afrika liegt ihr Anteil trotz gewisser Fortschritte weiterhin unter 20 Prozent.

Die Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen steigt allmählich; aber der Fortschritt ist eine Schnecke. Auch mit Hilfe von Quotenregelungen und anderen Sondermaßnahmen kletterte der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten (Einkammerparlamenten oder Unterhäusern) in den entwickelten Regionen von 16 Prozent im Jahre 2000 auf 23 Prozent im Jahre 2011 und in den Entwicklungsregionen von 11 auf 18 Prozent – bei großen regionalen Unterschieden. Während in Lateinamerika und der Karibik 23 Prozent aller Parlamentssitze von Frauen eingenommen werden, liegt der Frauenanteil in Westasien bei 9 Prozent, in Nordafrika bei 12 Prozent und in Subsahara-Afrika bei 20 Prozent, wobei Rwanda seit 2008 mit 56,3 Prozent den größten Frauenanteil im weltweiten Vergleich aufweist und auch Südafrika mit 44,5 Prozent einen Spitzenplatz einnimmt (zum Vergleich: Schweden 45 Prozent und Deutscher Bundestag 33 Prozent). In 48 Ländern liegt der Frauenanteil unter 10 Prozent;

---

<sup>12</sup> Vgl. Food and Agriculture Organization 2009: 11: Im Asien-Pazifik-Raum sind 642 Mio. Menschen unterernährt, in Afrika südlich der Sahara 265 Mio., in Lateinamerika 53 Mio., im Nahen Osten und in Nordafrika insgesamt 42 Mio.; in den entwickelten Ländern leiden 15 Mio. Menschen unter Hunger.

in neun Ländern (beispielsweise in Belize, Oman und Saudi-Arabien), gibt es überhaupt keine Parlamentarierinnen.

*MEZ 4:* Trotz des Bevölkerungswachstums ist die Anzahl der Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren von 12 Mio. im Jahr 1990 auf 7,61 Mio. in 2010 deutlich gesunken, was zwölf Tausend weniger gestorbene Kinder pro Tag bedeutet.

Die Kindersterblichkeit nimmt erfreulicherweise zwar ab (von 97 Sterbefällen je tausend Lebendgeburten in 1990 auf 63 in 2010 – also um ein Drittel in diesem Zeitraum), jedoch offensichtlich nicht rasch genug, um die Vorgabe, bis 2015 die Sterblichkeitsrate aller Kinder um zwei Drittel zu senken, zu erreichen. Während Nordafrika und Ostasien die größten Erfolge vermelden, hatte Subsahara-Afrika 2010 mit 121 Todesfällen pro 1000 Lebendgeburten die weltweit höchste Kindersterblichkeit; die Hälfte aller Kinder starb an Malaria, Durchfallerkrankungen und Lungenentzündung. Südasien weist mit 66 Sterbefällen die zweithöchste Rate auf. Zum Vergleich: Der Durchschnitt in den entwickelten Ländern lag im selben Jahr bei sieben Todesfällen pro 1000 Lebendgeburten.

Beim Ziel „Verbesserung der Gesundheit von Müttern“ (*MEZ 5*) sind zwar einige positive Trenddaten zu vermelden; so konnte die fachkundige Betreuung bei Geburten deutlich ausgeweitet werden. Aber die Zielvorgabe, zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate bei Schwangerschaften um drei Viertel zu senken, bleibt außer Reichweite. In den Entwicklungsregionen entwickelten sich die Müttersterbefälle je 100.000 Lebendgeburten bislang wie folgt: 1990: 440, 2000: 370 und 2008: 290 Fälle. In Subsahara-Afrika ist die Situation für die Frauen am dramatischsten; die Vergleichszahlen für die drei Jahre lauten: 870, 790 und 640 Todesfälle, was einem Rückgang von gerade einem Viertel entspricht. Immerhin ist die Zahl minderjähriger Mütter in vielen Ländern leicht gesunken, ebenso wie die Zahl der Geburten pro Frau; damit hat sich das Risiko, auch an Geburtskomplikationen zu sterben, leicht vermindert. Aber weniger als die Hälfte der Schwangeren in den Entwicklungsländern – vor allem auf dem Lande – können eine angemessene Schwangerenvorsorge nutzen. In allen Entwicklungsregionen ist der Zugang zur Empfängnisverhütung gestiegen, dennoch bleibt in vielen Ländern der ungedeckte Bedarf an Verhütungsmitteln hoch, und die Unterstützung für die Familienplanung ist unzureichend. Zudem sind die Entwicklungshilfesaufwendungen für die Familienplanung und die Versorgung im Bereich der reproduktiven Gesundheit zwischen 2000 und 2009 zurückgegangen.

Auch bei der Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten (*MEZ 6*) gab es gemischte Resultate. Die HIV-Neuinfektionen gingen offensichtlich zurück, vor allem in Subsahara-Afrika, während die Trends in anderen Regionen Anlass zu Sorge gaben (Kaukasus & Zentralasien). Weltweit wurde 1996 mit schätzungsweise 3,5 Mio. Neuinfektionen der Höhepunkt bei der Zahl der Neuinfektionen mit HIV erreicht. Seitdem ist die Zahl – bei beträchtlichen regionalen Unterschieden – gesunken. 2009 infizierten sich schätzungsweise 2,6 Mio. Menschen mit HIV (aber davon immer noch nahezu 70 Prozent in Subsahara-Afrika). 2009 lebten über 33 Mio. Menschen mit dem Virus (davon über zwei Drittel in Afrika südlich der Sahara), 27 Prozent mehr als 1999. Frauen und junge Menschen sind besonders gefährdet.

Die geschätzte Anzahl der AIDS-Toten sinkt ebenfalls. Dies liegt teilweise an dem verbesserten Zugang zu antiretroviralen Medikamenten in ärmeren Ländern. Die Zahl der Menschen, die eine antiretrovirale HIV- oder Aids-Behandlung erhalten, erhöhte sich von 2004 bis 2009 um das Dreizehnfache; dennoch waren die Behandlungen nicht rasch und umfassend genug ausgeweitet worden, um die Zielvorgabe des allgemeinen Zugangs bis 2010 zu erreichen.

Fortschritte waren sowohl bei der Bekämpfung der Malaria (besonders in einigen stark gefährdeten Gebieten Afrikas) als auch bei der Eindämmung der Tuberkulose zu verzeichnen – aber noch nicht in befriedigender Weise, um wirklich die globalen Zielvorgaben zu erreichen.

Bei der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit (*MEZ 7*) ist einiges auf der Habenseite zu finden; es überwiegt jedoch das Soll. Hinsichtlich der Zielvorgabe, die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme zu integrieren und den Verlust von Umweltressourcen umzukehren, haben einerseits beim Schutz der Ozonschicht starke, weltweite Entwicklungspartnerschaften (auch mit der Privatwirtschaft) und solide

einzelstaatliche Politiken zu gewissen Fortschritten geführt. Andererseits verdeutlichen der Anstieg der Treibhausgasemissionen, der Bodenerosion und Wüstenbildung sowie die andauernden, wenn auch geringer gewordenen Waldverluste, dass das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung noch nicht durchgängig zum Imperativ politischen und wirtschaftlichen Handelns geworden ist und die Problematik des Klimawandels energischer angegangen werden muss.

Die Welt hat die Zielvorgabe, den Verlust an biologischer Vielfalt bis 2010 signifikant zu reduzieren, verfehlt. Die Zahl der vom Aussterben bedrohten Arten wächst täglich. Immerhin ist es einer Reihe von Entwicklungsländern trotz ökonomischen Drucks gelungen, umfangreiche Land- und Wasserflächen unter Schutz zu stellen.

Die globale Trinkwasser-Zielvorgabe (bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser) wird offensichtlich übertroffen werden – ein erfreulicher Fortschritt; aber mehr als jeder Zehnte wird 2015 möglicherweise noch immer keinen Zugang haben. Von der Zielvorgabe bei der sanitären Grundversorgung ist man vor allem in den ländlichen Gebieten weit entfernt. Bei gleichem Fortschrittstempo wird es erst Mitte dieses Jahrhunderts gelingen, 77 Prozent der Weltbevölkerung mit Spültoiletten und anderen verbesserten sanitären Einrichtungen zu versorgen. 2008 hatten rund 2,6 Mrd. Menschen weltweit keinen Zugang zu verbesserten Formen der Sanitärversorgung, und etwa 1,1 Mrd. Menschen nutzten überhaupt keine sanitäre Einrichtung.

Fast alle Regionen kommen bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen in den Städten voran, und das Unterziel, bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens hundert Mio. Slumbewohnern herbeizuführen, ist deutlich erreicht. Von 2000 bis 2010 fiel der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner in den Entwicklungsländern von 39 auf 33 Prozent, und mehr als 200 Mio. dieser Menschen haben nun Zugang zu einer verbesserten Wasser- oder Sanitärversorgung oder einer festen, weniger beengten Unterkunft, doch absolut nimmt die Zahl der Slumbewohner – auch bedingt durch die schnelle Verstädterung – weiter zu (1990 waren es 657 Mio., und jetzt dürften rd. 828 Mio. Städter in Slums leben). 2010 waren Slumverhältnisse am häufigsten in Subsahara-Afrika anzutreffen, wo 62 Prozent der Stadtbevölkerung in Slums lebten, gefolgt von Südasien (35 Prozent) und Südostasien (31 Prozent).

Das letzte Millenniumsziel (*MEZ 8*) „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“ ist von herausragender Bedeutung für die Schaffung eines die Entwicklung förderlichen internationalen Umfeldes. Bei diesem Ziel geht es vor allem um fairen Handel, Schuldenerleichterungen und entwicklungspolitische Leistungen. Hier lautet die Bilanz: Wenig Licht und viel Schatten.

Von einem fairen und nicht-diskriminierenden internationalen Handels- und Finanzsystem ist man meilenweit entfernt. Die Industrieländer tun weniger als nötig, um energischen Schritts Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der globalisierten Marktwirtschaft zu gehen. In und zwischen den verschiedenen Politikbereichen mangelt es an kohärentem Handeln. Handelsbarrieren für Entwicklungsländer und handelsverzerrende Subventionen seitens der Industrieländer sind kaum abgebaut worden.

Die beim G8-Gipfel 2005 in Gleneagles vereinbarten Schuldenerlasse haben zwar die Schuldenlast deutlich gesenkt, und viele Entwicklungsländer, vor allem Schwellenländer, konnten die Exportumsätze steigern. Aber die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Exportumsätze einer Reihe von Entwicklungsländern sinken lassen und 2009 in allen Entwicklungsregionen außer Südasien, Westasien und Ozeanien zu einer Verschlechterung der Schuldendienstquote geführt.

Die entwicklungspolitischen Leistungen für die Entwicklungsländer sind seit 2000 stärker gestiegen als das durchschnittliche Bruttonationaleinkommen (BNE) der OECD/DAC-Geberländer. Dennoch erfüllen die meisten Industrieländer ihre finanziellen entwicklungspolitischen Zusagen bisher nicht, die staatlichen entwicklungspolitischen Leistungen auf mindestens 0,7 Prozent des BNE zu erhöhen. Die im Jahre 2011 zur Verfügung gestellten Finanzmittel beliefen sich auf 133,5 Mrd. US-Dollar (= 0,31 Prozent des kombinierten BNE) (2010: 128,5 Mrd. US-Dollar = 0,32 Prozent des kombinierten BNE). Deutschland stellte 14,5 Mrd. US-Dollar (= 0,40 Prozent des BNE) zur Verfügung (2010: 13

Mrd. US-Dollar = 0,39 Prozent). Auch im Hinblick auf die generelle Erreichung des 0,7-Prozent-Zieles bis 2015 (mehrfach, auch von der Bundesregierung, versprochen) ist größte Skepsis angebracht. Lediglich fünf Länder übertrafen bisher die 0,7 Prozent-Marke: Norwegen, Luxemburg, Schweden, Dänemark und die Niederlande. Die jüngeren Mitgliedstaaten der EU, wie Polen und die Tschechische Republik, sollten gemäß der EU-Selbstverpflichtung von 2005 bis zum Jahre 2010 für die ODA 0,17% des BNE bereitstellen (und bis 2015 sogar 0,33%); keines dieser Länder hat diese Zwischenmarke erreicht. (siehe Abbildung 4)

Abbildung 4: ODA-Leistungen (netto) und ODA-BNE-Quoten von DAC- und anderen OECD-Mitgliedstaaten 2010 und 2011 (vorläufige Zahlen)

DAC-Mitgliedstaaten:

	2010		2011	
	ODA Millionen USD	ODA/BNE %	ODA Millionen USD	ODA/BNE %
Australien	3 826	0,32	4 799	0,35
Belgien	3 004	0,64	2 800	0,53
Dänemark	2 871	0,91	2 981	0,86
Deutschland	12 985	0,39	14 533	0,40
Finnland	1 333	0,55	1 409	0,52
Frankreich	12 915	0,50	12 994	0,46
Griechenland	508	0,17	331	0,11
Irland	895	0,52	904	0,52
Italien	2 996	0,15	4 241	0,19
Japan	11 021	0,20	10 604	0,18
Kanada	5 209	0,34	5 291	0,31
Korea	1 174	0,12	1 321	0,12
Luxemburg	403	1,05	413	0,99
Niederlande	6 357	0,81	6 324	0,75
Neuseeland	342	0,26	429	0,28
Norwegen	4 580	1,10	4 936	1,00
Österreich	1 208	0,32	1 107	0,27
Portugal	649	0,29	669	0,29
Spanien	5 949	0,43	6 264	0,29
Schweden	4 533	0,97	5 606	1,02
Schweiz	2 300	0,40	3 086	0,46
Vereinigte Staaten	30 353	0,21	30 745	0,20
Vereinigtes Königreich	13 053	0,57	13 739	0,56
<b>SUMME</b>	<b>128 465</b>	<b>0,32</b>	<b>33 526</b>	<b>0,31</b>

Andere OECD-Mitgliedstaaten:

Estland	19	0,10	25	0,12
Island	29	0,29	26	0,22
Israel	145	0,07	176	0,77
Polen	378	0,08	417	0,08
Slowakei	74	0,09	87	0,09
Slowenien	59	0,13	63	0,13
Tschechische Republik	228	0,13	256	0,13
Türkei	967	0,13	1 320	0,17
Ungarn	114	0,09	140	0,11

Quelle: OECD, 2.4.2012 (>[www.oecd.org/dataoecd/44/13/50060310.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/44/13/50060310.pdf)< [15.07.2012])

Auf dem G-8-Gipfel 2005 versprach man eine Verdoppelung der Afrikahilfe bis 2010: Versprechen gebrochen. Dies gilt auch für Deutschland (vgl. ONE 2011).

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer wurde nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen.

Die Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft wie auch die angestrebte Kooperation mit der Privatindustrie, um die Vorteile neuer Technologien (z.B. Informationstechnologien und erneuerbare Energien) auch in Entwicklungsländern nutzbar zu machen, blieb hinter den Erwartungen zurück. Die Zahl der Internetnutzer wächst weiter; die Verbreitungsraten waren gegenüber den entwickelten Regionen (72 Prozent) in den Entwicklungsregionen Ende 2010 mit 21 Prozent jedoch weiterhin relativ niedrig und in den am wenigsten entwickelten Ländern mit 3 Prozent sehr niedrig. In absoluten Zahlen sind die entwickelten Regionen von den Entwicklungsregionen überholt worden, in denen 2010 60 Prozent der weltweiten Internetnutzer lebten, während es 2005 40 Prozent waren.

Resümierend lässt sich hinsichtlich der oft mangelhaften Erfolge bei der Verwirklichung der acht MEZ sowie der verschiedenen Zielvorgaben feststellen, dass auch und gerade den Regierungen ein „doppeltes Armutszeugnis“ auszustellen ist:

„Ein Armutszeugnis für die Regierungen des Nordens, die bislang weder in ihrer Handels- und Finanzpolitik zu substantiellen Zugeständnissen bereit waren, noch die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Armutsbekämpfung als *fresh money* bereitgestellt haben. Und ein Armutszeugnis für viele Regierungen des Südens, die ihre Politik häufig nicht auf die Bekämpfung der Armut, die Überwindung sozialer Disparitäten und die Mobilisierung heimischer Ressourcen ausgerichtet haben“ (Martens 2007: 5).

### *Die acht Millenniumsziele – eine defekte, defizitäre Vision*

Mitverantwortlich für die – trotz einer Reihe von Lichtpunkten – letztlich unbefriedigende Bilanz sind auch die Schwächen und Defizite des MEZ-Konzepts selbst. Die MEZ sind eine defekte Vision (Holtz 2009), weil unerlässliche Elemente wie Frieden und Demokratie fehlen und die quantitativen Ziele ohne Qualitätsansprüche formuliert wurden (etwa im Bildungsbereich). Dies ist ein Paradoxon. Denn die Staats- und Regierungschefs bezeichneten in der Millenniumserklärung zwar Frieden, Sicherheit und Abrüstung wie auch Demokratie und Menschenrechte als grundlegende Ziele, denen sie eine besondere Bedeutung beimessen (vgl. UN-Generalversammlung 2000). Diese Ziele finden jedoch keine direkte Berücksichtigung bei den acht MEZ – offensichtlich dem Willen der Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten bzw. deren Regierungen entsprechend.

So haben die Staats- und Regierungschefs – im Bewusstsein, dass Entwicklungserfolge Frieden benötigen – beschlossen, gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vorzugehen sowie konzertierte Maßnahmen zu ergreifen, um dem unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen ein Ende zu setzen. Sie haben alle Staaten aufgefordert, dem Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonen-Minen beizutreten. Sie haben ihren Willen bekräftigt, keine Mühen zu scheuen, um die Völker von der Geißel des Krieges, ob Bürgerkriege oder Kriege zwischen Staaten, zu befreien und dazu auch die Vereinten Nationen zu stärken. Aber zu diesem wichtigen Handlungsfeld der nationalen wie internationalen Politik gibt es ebenso wenig ein Millenniumsziel mit entsprechenden Zielvorgaben wie zu dem Bereich Demokratie und Menschenrechte, obwohl in der Millenniumserklärung versprochen wurde, alles zu tun, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu fördern und zu stärken (vgl. UN-Generalversammlung 2000).

Demokratie, Menschenrechte sowie gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln<sup>13</sup> sind für die Realisierung der MEZ von großer Bedeutung. Demokratien geben auch den Stimmen der

<sup>13</sup> *Good governance* meint gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln (einschließlich einer verantwortungsvollen Mittelbewirtschaftung), das Industrieländer und große internationale Entwicklungsorganisationen von den Entwicklungsländern fordern (*und für sich selbst gelten lassen müssen*); insofern greift die oft anzutreffende Übersetzung „gute Regierungsführung“ zu kurz. Governance ist mehr als Government; es bedeutet Regierung und Regieren und umfasst das Steuerungs-, Regelungs- und Durchführungssystem politisch-gesellschaftlicher Einheiten

Armen Gewicht. Für den indischen Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen (1999) schließt die Demokratie – ein universeller Wert – mehrere „Tugenden“ ein: (i) Die instrumentelle Bedeutung politischer Anreize, die Regierung und Politik zu Verantwortung und Rechenschaftspflichtigkeit anhält und auf Grund von Wahlen und freien Medien Hungersnöte vermeiden hilft. (ii) Die intrinsische Bedeutung von politischer Partizipation und von Freiheit für das menschliche Leben und Wohlergehen. (iii) Die konstruktive Rolle der Demokratie bei der Ausformung von Werten und dem Verstehen, dass es Bedürfnisse, Rechte und Pflichten gibt. Während früher gefragt wurde – so Sen –, ob ein Land tauglich für die Demokratie sei (*fit for democracy*), gehe es heute darum, ein Land durch die Demokratie fit zu machen (*fit through democracy*).

Eine auf den international anerkannten Menschenrechten beruhende Demokratie mit einem starken Parlament und starken zivilgesellschaftlichen Organisationen ist eine wichtige Bedingung dafür, dass die Armen zu ihren Rechten kommen können. Demokratie kennt verschiedene Ausformungen unterschiedlicher Qualität und auch Deformationen. Reduziert man sie auf das Wesentliche, dann lassen sich drei Kernelemente in einer Art Demokratie-Dreieck festhalten: 1. Freie, faire und regelmäßige Wahlen mit der Möglichkeit, einen Regierungswechsel herbeizuführen (was freie Medien, das Recht auf Opposition und unterschiedliche Parteien voraussetzt); 2. Gewaltenteilung und die Bindung der Gewalten an die verfassungsmäßige Ordnung sowie an Gesetz und Recht („rule of law“ – Herrschaft des Rechts; Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit); 3. Achtung und Verwirklichung der unveräußerlichen Menschenrechte und der politischen, bürgerlichen Freiheiten sowie die Wahrung von Minderheitenrechten.

Schlüsselinstitution bzw. Herz der Demokratie ist das Parlament mit seinen *idealerweise* sechs Aufgaben und Kernkompetenzen in folgenden Bereichen: Gesetzgebung, Budgetrecht inklusive der Entscheidung über Einnahmen und Ausgaben, Kontrolle der Regierung und Verwaltung, Wahlfunktion/Herrschaftsbestellung, außenpolitische Mitwirkung, Diskursfunktion/Forum der Nation („parlamentarisches Hexagon“, Holtz 2005: 22). Dabei bewegen sich, machtpolitisch gesprochen, die Parlamente auf einem Kontinuum zwischen schwachen „Abnick“- und starken „Gestaltungs“-Legislativen, wobei sogar ein und dasselbe Parlament zu verschiedenen Themen unterschiedliche Positionen auf diesem Kontinuum einnehmen kann. Ob Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht, präsidentielle oder parlamentarische Demokratie, repräsentative oder direkte Demokratie, Ein- oder Zweikammersystem – jedes Land muss seine eigene Demokratieform finden. Der Unterstützung von außen kommt vor allem eine Unterstützungs- und Hebammenfunktion zu, wobei gilt: je größer die interne „Nachfrage“ nach Demokratie und Menschenrechten, desto höher die Erfolgsquote. Die Umwälzungen in der arabischen Welt, die im Laufe des Jahres 2011 in Tunesien, Ägypten und Libyen mit dem Sturz der autoritären, kleptokratischen Herrscher und ihrer Familienclans endeten, haben viel mit dem Wunsch breiter Teile der Bevölkerungen nach Gerechtigkeit, nach Arbeitsplätzen mit fairen Löhnen und einem besseren Leben zu tun – und auch mit dem Hunger auf Freiheit und Demokratie.

Im Übrigen ist keine Diktatur auf Dauer überlebensfähig, weil sie dem Innersten des Menschen widerspricht. Die Demokratie ist weltweit als politischer Ordnungsrahmen anerkannt. In der 1997 angenommenen Allgemeinen Demokratie-Erklärung der Inter-Parlamentarischen Union (IPU) wird die Demokratie als Ideal, als Regierungsform und als ein universell anerkanntes Konzept bezeichnet, das auf gemeinsamen Werten beruht (vgl. IPU 1998: III-VIII). In der Millenniumserklärung hatten die Staats- und Regierungschefs gelobt, „in allen unseren Ländern die Kapazitäten zur Anwendung der Grundsätze und Verfahren der Demokratie und zur Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten, zu stärken; (...) gemeinsam auf integrativere politische Prozesse hinzuarbeiten, die allen Bürgern in allen unseren Ländern echte Mitsprache ermöglichen; die Freiheit der Medien zur Wahrnehmung ihrer wichtigen Funktion und das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Information zu gewährleisten“ (UN-Generalversammlung 2000: Abs. 25). Diese Versprechen

---

einschl. der Verwaltungsebene/n und ist nicht nur auf die innerstaatlichen Verhältnisse, sondern auch auf die internationale Ebene zu beziehen.

fanden keinen Niederschlag in den Millenniumszielen. Bei lediglich einem Ziel ist eine relevante Forderung auszumachen: MEZ 3 spricht von der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen. Den Begriff Demokratie sucht man vergeblich.

Wegen des Zurückfallens der MEZ hinter die starken Bekenntnisse der Millenniumserklärung und unter Berücksichtigung der Erkenntnis „Wenn Politik und politische Institutionen die menschliche Entwicklung fördern und die Freiheit und Würde aller Menschen sichern soll, muss die Demokratie ausgeweitet und vertieft werden“ (UNDP 2002: 2) wurde die Forderung erhoben, den MEZ-Katalog um das Ziel „Diktaturen überwinden und Demokratien fördern“ zu ergänzen (Holtz 2006). Es wurde eine bemerkenswerte Korrelation hergestellt: Die Halbierung undemokratischer, schlecht regierter Staaten mit einem hohen Grad der Korruption könnte die von den MEZ angestrebte Halbierung der Armut eher bewirken als eine Verdoppelung der entwicklungspolitischen Leistungen. Allerdings war die Realisierung einer solchen Forderung angesichts des Widerspruchs einer Reihe von Staaten in den UN-Gremien (noch?) nicht möglich.

Jeffrey Sachs (2005), ehemaliger Direktor des UN-Millennium-Projekts, setzt – wie so viele andere – vor allem auf mehr Geld und den gut koordinierten, differenzierten Einsatz dieser Mittel bei der Armutsbekämpfung. Aber was nützen mehr Geld und staatliche Entwicklungshilfe, wenn in den Entwicklungs- und Transformationsländern Diktatoren, Kleptokraten und korrupte Cliquen herrschen, wenn die Bevölkerung nicht am Ressourcenverkauf beteiligt wird, wenn die Hilfe mangels funktionierender Rechts- und Verwaltungsinstitutionen nicht sinnvoll eingesetzt werden kann? Nur in Ausnahmefällen, wie in fragilen Staaten, in Notsituationen oder bei der Friedenssicherung, darf für die Entwicklungspolitik gelten: Engagiert und vor Ort bleiben.

Die UN-Generalversammlung bezeichnete Demokratie als universellen Wert und erklärte sieben Jahre nach dem Millenniumsgipfel, also im Jahr 2007, auf Anregung der IPU den 15. September zum „Internationalen Tag der Demokratie“. In der Realität lassen sich allenfalls drei Fünftel der rund 200 Staaten mit dem Etikett „demokratisch“ versehen; eine beträchtliche Zahl unter ihnen zählt aber zur Kategorie der defekten, partiellen, ungefestigten, illiberalen Demokratien, weil in ihnen individuelle Rechte und Freiheiten nicht gesichert sind, die Unabhängigkeit der Gerichte nicht gegeben ist, Rechtsstaatlichkeit nur auf dem Papier steht und Parlamente weitgehend entmachtet sind. Offensichtlich gibt es gleichzeitig Fortschritte auf dem Wege zur Demokratie und Rückschritte in Richtung auf autokratische Herrschaftsverhältnisse; viele Staaten folgen keinem linearen Weg zur Demokratie, sondern pendeln zwischen Autoritarismus und Demokratie bzw. verharren als Hybridregime in einer Zwischenposition.

Auch wenn kein automatischer Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklung besteht, gibt es langfristig keine nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung ohne demokratische Freiheiten und ohne Respektierung, Schutz und Förderung der Menschenrechte. Diese Erkenntnis ist zumindest auf dem Papier weit anerkannt. So verpflichten sich die Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union in der im Januar 2007 angenommenen „*African Charter on Democracy, Elections and Governance*“ die universellen Werte und Prinzipien von Demokratie, *good governance* und Menschenrechten zu fördern.

Durch die zusätzliche Bildung von rechenschaftspflichtigen, funktionierenden Institutionen, die ihr Handeln nach dem Prinzip des guten Regierungs- und Verwaltungshandelns ausrichten, kann Demokratie zu einem Erfolgskriterium für Entwicklung werden. Die erfolgreiche Bekämpfung der Armut sowie ein umfassender und zukunftsfester Wandel zu Demokratie und Marktwirtschaft können nur mit strategisch denkenden und eigenverantwortlichen Reformern, Akteuren und „Antreibern“ des Wandels gelingen. Wenn schon der Entwicklungsprozess ein langwieriger und schwieriger Prozess ist, dann trifft dies auch auf die Demokratisierung zu. Demokratie und *good governance* lassen sich nicht mit

Hauruck-Interventionen und imperialen Attitüden in fremde Länder exportieren; sie von außen behutsam und mit Augenmaß zu fördern, ist auch ein Gebot der Solidarität.<sup>14</sup>

Folgende weitere Schwachstellen in den Millenniumszielen seien kursorisch aufgeführt (vgl. Nuscheler/Roth 2006): Die Vernachlässigung der Problematik des Bevölkerungswachstums; das Ausklammern der sozialen Ungleichheit als eine der Armutursachen und das Übergehen der Notwendigkeit eines armutsbeseitigenden Wirtschaftswachstums; eine „Schmalspuragenda“ im Hinblick auf die wirkliche Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen und auf ihre Gleichbehandlung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft; eine Einengung der Imperative zur ökologischen Nachhaltigkeit, weil z.B. weder die Bedeutung einer Energiewende noch die Notwendigkeit der Bekämpfung der Wüstenbildung für die Ernährungssicherung und den Klimaschutz anerkannt wird und auch quantifizierbare Verpflichtungen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion fehlen; die Vernachlässigung kultureller Freiheit und kultureller Faktoren für Entwicklung.

Dennoch: Zwar sind die Millenniumsziele defizitär und stellen keine komplette Entwicklungsagenda dar, aber zum ersten Mal hat sich die internationale Gemeinschaft auf eine gemeinsame, wenn auch nicht umfassende Vision geeinigt, deren acht ergebnisorientierte, quantifizierte und zeitgebundene Ziele eine Fortschrittsbewertung der Länder und Regionen erlauben.

### *Positiv- und Negativfaktoren für Entwicklungsfortschritte*

Fortschritte – hier verstanden als Annäherungen an das Erreichen oder sogar das Überschreiten der Millenniumsziele – in einzelnen Ländern lassen sich im Vergleich zu jenen, die im Verzug sind, summarisch auf folgende Positivfaktoren und deren zumindest teilweise Beachtung zurückführen (vgl. Holtz 2010):

1. Ein entwicklungs- und reformorientiertes Verhalten von Regierungen, Führungspersonlichkeiten und Eliten, die die Millenniumsziele sowie die Partizipation der Bevölkerung und ihre Eigentümerschaft (*ownership*) an der Entwicklung ernst nehmen.
2. Funktionierende, leistungsfähige Institutionen, Regierungen und Verwaltungen, gepaart mit Rechtsstaatlichkeit und dem Willen, die Korruption zu bekämpfen – und dies über einen längeren Zeitraum hinweg (*good governance*).<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Zu dieser Problematik siehe Franz Nuscheler: Das Hohe Lied von Good Governance in der entwicklungspolitischen Bewährungsprobe, in: Deutscher / Ihne 2010: 117-132. Nuscheler teilt zwar das ordnungspolitische Credo, dass *good governance* ein erstrebenswertes Leitbild darstelle, schlussfolgert aber angesichts oft überfordelter Regierungen, von Kriegen und Zerfallserscheinungen der öffentlichen Ordnung in vielen afrikanischen Ländern: „Good Governance mag eine Voraussetzung von Entwicklung sein, aber ohne Entwicklung sinken ihre Realisierungschancen“ (126). Und angesichts der vielfältigen Verwerfungen sollten fragile Staaten nicht sich selbst überlassen bleiben, was sowohl der sicherheitspolitischen Vernunft als auch dem Gebot der Nothilfe widerspräche; entwicklungspolitische Therapieversuche müssten der „Sequenz folgen: Wiederherstellung und Stabilisierung der Staatlichkeit – rechtsstaatliche Bändigung des staatlichen Gewaltmonopols – Demokratisierung“ (128).

<sup>15</sup> Steven Randelet (2010) schreibt demokratischen Regierungen eine große Bedeutung als Erfolgsfaktor zu. Er nennt insgesamt fünf zentrale Faktoren, die für die positive Entwicklung in den von ihm untersuchten siebzehn afrikanischen Ländern entscheidend waren: Demokratisch legitimierte und rechenschaftspflichtige Regierungen; „sensiblere“ (marktwirtschaftliche) Wirtschaftspolitiken; das Ende der Schuldenkrise und ein stärker auf Partnerschaft gerichtetes Verhältnis zu den Gebern; die Anwendung neuer Technologien; das Auftauchen einer neuen Generation von Politikern, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Persönlichkeiten aus Industrie und Handel. Für Markus Loewe (2010) zeichnen sechs Eigenschaften jene (afrikanischen) Länder aus, die deren überdurchschnittlichen Erfolg bei den MEZ erklären könnten: Politische und makroökonomische Stabilität; gutes Investitionsklima; Handlungsfähigkeit des Staates; eine politische Führung mit einer Vision, einer Strategie und dem festen Willen, die Strategie über einen längeren Zeitraum hinweg entschlossen umzusetzen; Dezentralisierung und Beteiligung der Bevölkerung an Projektplanung und -durchführung; langfristige, stetige und berechenbare Unterstützung durch die Geber.

Für Daron Acemoglu und James A. Robinson (2012 – vgl. Rezension in FAZ, 10.4.2012) sind es in erster Linie politische Institutionen, die den wirtschaftlichen Wohlstand von Nationen begründen, und zwar „inklusive“ (demokratische, die gesamte Gesellschaft umfassende) und nicht „extraktive“ (ausbeuterische, oligarchisch strukturierte) Institutionen. Diese „einfache“ Grundthese von der primordialen Bedeutung politischer Institutionen, die an Douglass North anknüpft, wird von den beiden US-Forschern jedoch selbst um die Einschätzung ergänzt, dass die konkrete Ausgestaltung politischer Institutionen auch von Sitten und Gebräuchen abhängen könne.

3. Armutsbekämpfung bei adäquater Berücksichtigung der ländlichen Räume durch eine staatliche Rahmensetzung, die die Privatwirtschaft und dabei besonders kleine und mittlere Unternehmen fördert und nicht knebelt.
4. Die Mobilisierung einheimischer (finanzieller) Ressourcen.
5. Materielle und immaterielle Infrastrukturausstattungen, wie ein angemessenes, gutes Transport-, Bildungs- und Ausbildungssystem.
6. Ein der Entwicklung förderliches mentales und kulturelles Umfeld.
7. Anerkennung der wichtigen Rolle der Frauen im Entwicklungsprozess.
8. Industrialisierung, Stimulierung eines breitenwirksamen, armutsbeseitigenden und Arbeitsplätze schaffenden Wirtschaftswachstums sowie Nutzung der regionalen Zusammenarbeit und internationalen Arbeitsteilung.
9. Eindämmung des Bevölkerungsanstiegs.
10. Effiziente Nutzung der von außen gewährten Unterstützung im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe und einer selbstbestimmten Entwicklung.
11. Äußerer und innerer Frieden.

Zwei Bündel von Hemmfaktoren sind für das Zurückbleiben verantwortlich: A) Jene Faktoren, die nach der Verabschiedung der Millenniumserklärung im Jahre 2000 besonders virulent wurden:

1. Die nach den Terroranschlägen vom September 2001 erfolgten Prioritätensetzungen, bei denen für manche Industrieländer militärische und sicherheitspolitische Gesichtspunkte wichtiger wurden als zivilgesellschaftliche und entwicklungspolitische („Versicherheitlichung der Entwicklungspolitik“).
2. Die deutliche Zunahme von zerfallenden, kollabierenden bzw. kollabierten und von kriegerischen Konflikten heimgesuchten Staaten.<sup>16</sup>
3. Der Klimawandel, wenn auch nur über lange Zeiträume spürbar, mit seinen akuter werdenden negativen, in vielen Entwicklungsländern verheerenden Auswirkungen (besonders vom Weltklimarat in das öffentliche Bewusstsein gehoben).
4. Die in den letzten Jahren aufgetretenen Krisen, besonders die Ernährungs- und Energiekrise sowie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise.

B) Hinzu kommen Faktoren, die von großer Bedeutung waren bzw. sind und beachtet werden müssen,<sup>17</sup> wenn eine Wende zum Besseren eingeläutet werden soll:

1. Das Bevölkerungswachstum. Die Erdbevölkerung – 5,3 Mrd. im Jahre 1990 – wird von jetzt 7 Mrd. auf voraussichtlich mehr als 9 Mrd. Menschen im Jahre 2050 (davon 7,9 Mrd. in Entwicklungsländern) anwachsen.<sup>18</sup> Dass neben einer direkten

<sup>16</sup> Auf Afrika bezogen sei auf die kriegerischen Konflikte und Post-Konflikt-Situationen verwiesen, unter denen allein in den Jahren 2008 und 2009 insgesamt 20 Länder zu leiden hatten (vgl. Economic Commission for Africa/African Union/African Development Bank 2009).

<sup>17</sup> Vgl. Deutscher/Ihne (2010). Darin insbesondere folgende Beiträge: Jürgen Wilhelm: Ownership und die Verpflichtung zur Rechenschaft: 133-145; Hermann Scheer: Die Dritte Welt in der Ressourcenfalle: 169-174; Detlev Karsten: Dilemmata und Versäumnisse der Entwicklungspolitik: 243-254; Winfried Pinger: Ende des Elends in Afrika? 271-280.

<sup>18</sup> UNFPA (2011: 4f): „In ihren im Mai 2011 veröffentlichten Projektionen »World Population Prospects: The 2010 Revision« sagt die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen einen Anstieg der Weltbevölkerung bis 2050 auf 9,3 Mrd. und bis Ende des Jahrhunderts auf über zehn Mrd. Menschen voraus. (...) Laut Hochrechnungen ... wird Indien mit 1,46 Mrd. Menschen im Jahr 2025 China mit 1,39 Mrd. Menschen als bevölkerungsreichstes Land der Erde überholt haben. Basierend auf einem mittleren Szenario wird die Bevölkerung Chinas bis zum Jahr 2050 auf 1,30 Mrd. zurückgehen, während die Indiens bis 2060 auf nahezu 1,73 Mrd. ansteigen wird, bevor ein Rückgang einsetzt. (...) Im Jahr 2009 überschritt die Einwohnerzahl Afrikas erstmals die Mrd.-Marke und wird den Erwartungen zufolge in nur 35 Jahren (bis 2044) um eine weitere Milliarde ansteigen.“ Ein Diskussionspapier des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung (Sippel / Woellert / Klingholz 2010) stellt – so auch die Mitteilung des Instituts (<[www.berlin-institut.org/weitere-veroeffentlichungen/schwieriges-wachstum.html](http://www.berlin-institut.org/weitere-veroeffentlichungen/schwieriges-wachstum.html)> [15.07.2012]) – die Entwicklungslage in Afrika und Asien einander gegenüber und geht der Frage nach, warum ein Land wie Südkorea heute zu den 15 reichsten Nationen der Welt zählt und warum der afrikanische Sahelstaat Niger bei Entwicklungsrankings stets den letzten Platz belegt. Die Antwort lautet, dass Südkoreas Politik der Altersstruktur der Bevölkerung Rechnung getragen hat: Der Tigerstaat hat vor Jahrzehnten Familienplanung propagiert (unter Einschluss der Verbreitung von Verhütungsmethoden und einer Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern) und in seine vielen jungen Menschen investiert, sie ausgebildet und Arbeitsplätze geschaffen.

- Bevölkerungsplanungspolitik die Realisierung von Zielen wie Armutsbekämpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie bessere Bildung und Gesundheit effektive Instrumente sind, um das Bevölkerungswachstum zu drosseln, lehrt auch die Empirie.
2. Korrupte, kleptokratische Eliten, die nicht am Gesamtwohl des Landes und der Armutsbekämpfung interessiert sind.
  3. *Bad governance*, also schlechtes Regierungs- und Verwaltungshandeln, sowie ineffiziente, korrupte Staatsbürokratien – mit entsprechend negativen Auswirkungen in fast allen Bereichen des Lebens und Wirtschaftens, begleitet von staatlicher Misswirtschaft und der Verhinderung notwendiger Reformen, um die Millenniumsziele zu erreichen.
  4. Die weitgehende Vernachlässigung der ländlichen Regionen und der Landwirtschaft.
  5. Ein entwicklungsfeindliches Umfeld, weil in einer Reihe von Ländern Bildung, Ausbildung und Wissen sowie tolerante, auch für den Wandel offene Kulturen immer noch nicht als wesentliche Schlüsselfaktoren für die persönliche wie auch die soziale, wirtschaftliche, politische und ökologische Entwicklung anerkannt und gefördert werden.
  6. Schwierigkeiten, die auf widrige natürliche Rahmenbedingungen, die Binnenlage ohne Meereszugang und kriegerische Auseinandersetzungen zurückzuführen sind.<sup>19</sup>
  7. Das Festhalten an teuren, ökologisch schädlichen fossilen Energien, statt den Reichtum an heimischen solaren bzw. biologischen Rohstoffen stärker zu nutzen.
  8. Nachwirkungen des Kolonialismus. Inwieweit sie für das Zurückbleiben verantwortlich zu machen ist, wird unterschiedlich beurteilt. Zu dem besonders in einigen Ländern Afrikas bis heute nachwirkenden „Erbe“ zählen willkürliche Grenzziehungen mit der Folge von kriegerischen Konflikten und die Unterminierung des Selbstwertgefühls.
  9. Unzureichende Anstrengungen der Industrieländer. Sie haben zu wenig getan, um die internationalen Rahmenbedingungen für Fortschritte in den Entwicklungsregionen zu verbessern, und es bislang weitgehend versäumt, schädliche Protektionismen, Subventionen und Handelshemmnisse abzubauen und den Entwicklungsländern eine faire Teilhabe am Handel, der internationalen Norm- und Regelsetzung und der internationalen Arbeitsteilung zu ermöglichen. Sie haben – trotz der anzuerkennenden Bemühungen zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (im Sinne der Paris-Erklärung und der Nachfolgedokumente<sup>20</sup>) und zur Erhöhung der

---

Weil in der Folge die Geburtenraten sanken, übertraf die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter schließlich die Zahl der wirtschaftlich abhängigen jüngeren und älteren Menschen stark. In Niger werden dagegen immer noch durchschnittlich sieben Kinder pro Frau geboren. Die Entwicklungspolitik umschiffte seit Jahrzehnten den Zusammenhang zwischen hohen Kinderzahlen und wirtschaftlicher Rückständigkeit. Lässt sich Bevölkerungsentwicklung überhaupt politisch steuern? Generell lassen sich drei Ansätze zur Bevölkerungsregulierung unterscheiden. Erstens solche, die direkt Einfluss auf die Zahl der Geburten nehmen, wie zum Beispiel die staatlich auferlegten Zwangsmaßnahmen der Ein-Kind-Politik in China. Zweitens Programme, die Wissen und Methoden zur Verhütung bereitstellen und damit Frauen und Männer befähigen, selbst die gewünschte Kinderzahl zu bestimmen. Und drittens Ansätze, die reproduktive Entscheidungen indirekt beeinflussen, wie Zugang zu Bildung, die Förderung von Frauenrechten oder eine wirtschaftliche Entwicklung mit verbesserten Arbeitsmärkten.

<sup>19</sup> Paul Collier (2007) spricht von vier Fallen, die Afrika in Armut verharren lassen: der Konflikt-, natürlichen Ressourcen-, Binnenlage- und *bad governance*-Falle.

<sup>20</sup> Auf einem von OECD, UN-Organisationen, Weltbank und Regionalbanken ausgerichteten „High Level Forum on Aid Effectiveness“ verständigten sich Anfang März 2005 mehr als hundert bi- und multilaterale Geber und Partnerländer auf die „Paris-Erklärung zur Wirksamkeit der Hilfe“. Die Erklärung, ein politisches Aktionsprogramm, beruht auf einem umfassenden Katalog von Partnerschaftsleistungen, Fortschrittsindikatoren und folgenden fünf Grundsätzen: (1) Eigentümerschaft (*ownership*): Die Entwicklungsländer legen selbst ihre Entwicklungsstrategien fest, verbessern ihre Institutionen und bekämpfen die Korruption. (2) Partnerausrichtung (*alignment*): Die Geberländer erbringen ihre Unterstützung im Einklang mit diesen Zielen und nutzen die lokalen Systeme. (3) Harmonisierung (*harmonisation*): Die Geberländer koordinieren ihre Aktionen, vereinfachen die Verfahren und tauschen Informationen aus, um Doppelarbeit zu vermeiden. (4) Ergebnisorientiertes Management / Ergebnisorientierung (*managing for results*): Das Hauptaugenmerk der Entwicklungsländer und der Geber liegt auf der Erzielung und Messung von Ergebnissen. (5) Gegenseitige Rechenschaftspflicht (*mutual accountability*): Geber wie Partnerländer legen Rechenschaft über die Entwicklungsergebnisse ab (vgl. OECD 2009). Die Paris-Erklärung ist auf Folgekonferenzen in Accra (2008) und Busan (2011) überprüft, bestätigt, bekräftigt und neu justiert worden. In der Abschlusserklärung von Busan für eine effektive Entwicklungszusammenarbeit (siehe <[www.aideffectiveness.org/bu\\_sanhlf4/images/stories/hlf4/OUTCOME\\_DOCUMENT\\_-\\_FINAL\\_EN.pdf](http://www.aideffectiveness.org/bu_sanhlf4/images/stories/hlf4/OUTCOME_DOCUMENT_-_FINAL_EN.pdf)>

entwicklungspolitischen Leistungen – letztlich nur Tappschritte in Richtung auf eine quantitativ höhere und qualitativ bessere Entwicklungspolitik unternommen.

10. Untaugliche Rezepte. Wirkmächtige Institutionen wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank (beide mit Sitz in Washington) verabreichten jahrelang vielen Entwicklungsländer eine bittere Medizin, die sich oft genug als falsche Medizin herausstellte, indem sie zügellose Freiheiten für die Märkte, handelspolitische Liberalisierungen und Deregulierungen sowie den Rückzug staatlichen Handelns propagierten. Demgegenüber belegen besonders die Schwellenländer China, Indien und Brasilien (China autoritär, Indien und Brasilien demokratisch regiert), dass wirtschaftliche Erfolge einschl. der Armutsbekämpfung möglich sind, ohne sich auf die Weltbank- und IWF-Rezepte einer Freihandels- und Liberalisierungsschocktherapie und einer staatlichen Zurückhaltung in der Wirtschaft eingelassen zu haben. Beide Institutionen haben zwischenzeitlich die neoliberale, marktradikale Philosophie des Washington-Konsensus selbst in Frage gestellt und auch einige Änderungen vorgenommen.

### *Traurige Aussichten für 2015 bei Horizontaufhellungen – was tun?*

Der Countdown für das Jahr 2015 läuft. Global gesprochen werden nicht alle Länder im Süden und Norden die Ziellinien der acht Millenniumstore durchlaufen können. Aber die Erfolge und Halberfolge zeigen, dass selbst ärmere Länder die Millenniumsziele erreichen oder ihnen zumindest näher kommen können. Subsahara-Afrika gehört zwar zu jenen Entwicklungsregionen, die bei der Realisierung der MEZ gegenüber den anderen Weltregionen meist schlechter abschneiden und die allermeisten Ziele und Unterziele verfehlen wird (siehe Abbildung 2). Aber auch innerhalb Subsahara-Afrikas gibt es Länder, die mit hoher Wahrscheinlichkeit mindestens die Hälfte der Zieltore erreichen (vgl. Loewe 2010). So haben beispielsweise drei Länder MEZ 1, nämlich die Halbierung des Anteils der Einkommensarmen erreicht (Angola, Botswana und Senegal), zwei Länder nahezu (Äthiopien und Ghana). MEZ 2 (Grundbildung für alle) ist sogar schon von sieben Ländern nahezu erreicht, zu denen bis 2015 noch weitere hinzukommen dürften. Bei anderen Zielen gibt es ebenfalls erfolgreiche Länder, zu denen etwa Botswana, Burkina Faso, Malawi, Namibia, Mauritius, Ruanda und Ghana gehören.

Zu Horizontaufhellungen tragen zudem Betrachtungen „langer Dauer“ bei. So lässt sich feststellen (vgl. Klasen 2011), dass entgegen dem allgemeinen Entwicklungspessimismus fast alle Länder der Welt in den vergangenen vierzig Jahren zum Teil erhebliche Fortschritte gemäß den Berichten des UN-Entwicklungsprogramms UNDP bzw. seinem „Index für menschliche Entwicklung“ verzeichnen konnten, wobei sich dieser Index auf die Lebenserwartung, den Bildungsstand und das Einkommen in Kaufkraftparitäten konzentriert. Würden allerdings Faktoren wie Freiheit, Menschenrechte und ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigt, dann müsste eine Reihe von Ländern herabgestuft werden.

Aber das Gesamtbild lässt keinen anderen Schluss zu als den, dass das bislang vorgelegte Fortschrittstempo keinesfalls ausreicht, um alle Ziele zu erreichen. Leider haben die verschiedenen Krisen der vergangenen Jahre in vielen Ländern Erfolge beim Kampf gegen Armut und Hunger verlangsamt oder sogar umgekehrt. Aber auf die Krisen allein lassen sich viele Unzulänglichkeiten in den Entwicklungs- und Industrieländern nicht zurückführen.

Vor dem Millenniumsgipfel in New York im Jahre 2010 formulierten der Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Afrika, Abdoulaye Jannah, und der OECD-Generalsekretär Angel Gurría über 2015 hinausweisende Forderungen in Bezug auf Afrika, die wichtige Wegweiser darstellen (vgl. Economic Commission for Africa/OECD 2010: 3): An die afrikanischen Regierungen wird appelliert, in den politischen und wirtschaftlichen Reformanstrengungen nicht nachzulassen, bei der Schaffung von Frieden und Sicherheit auf

---

[15.07.2012]) wird nicht nur das Ziel einer umfassenden Partnerschaft aller Akteure betont, sondern auch erstmals die Rolle neuer Geber (aufsteigender Ökonomien wie Brasilien, China und Indien) von diesen mit anerkannt und als Süd-Süd-Entwicklungszusammenarbeit gewürdigt (vgl. Dembrowski 2012).

dem Kontinent weiter voranzuschreiten, die regionale Integration zu vertiefen sowie einheimische Einnahmen zu steigern und diese für die Erreichung der Millenniumsziele einzusetzen. Die afrikanischen Entwicklungspartner werden aufgefordert, Afrikas Anstrengungen in Schlüsselbereichen wirtschaftlichen (Regierungs-)Handelns, wie im Steuerbereich oder illegalen Kapitalflüssen, stärker zu unterstützen, Protektionismus abzuwehren und die multilaterale Handelsliberalisierung voranzutreiben sowie Afrikas Anteil an der globalen ODA zu erhöhen. Die internationale Gemeinschaft soll sich einmal auf ehrgeizige und verbindliche Ziele für die Reduzierung von Kohlenwasserstoffemissionen verständigen, was gerade für eine nachhaltige Entwicklung in Afrika von wesentlicher Bedeutung ist, zum anderen substantielle, vorhersehbare und zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, damit Afrika in die Lage versetzt wird, es mit den negativen Folgen des Klimawandels aufnehmen zu können, und eine größere Mitwirkung Afrikas an neuen Übereinkommen globaler Politikgestaltung (*global governance*) sicherstellen.

In wissenschaftlichen Zukunftsszenarien werden vor allem sechs größere Ursachen und Treiber für den Wandel in Afrika identifiziert, die zugleich auch die größten Unsicherheiten für Afrikas Zukunftsaussichten darstellen, nämlich Demographie, Klimawandel, Technologie und Innovation, innenpolitische Entwicklung, neue internationale Entwicklungsakteure sowie globale Politikgestaltung (vgl. Lundsgaarde 2011).

Für Afrika wie auch für andere Entwicklungsregionen lässt sich die Frage, was nach 2015 mit den Millenniumszielen geschehen soll, nicht leicht beantworten. Der afrikanische Fortschrittsbericht 2011 (vgl. African Union/African Development Bank/Economic Commission for Africa/UNDP 2011) liegt wohl richtig, wenn er auf folgende Optionen verweist: wie gehabt fortführen, in modifizierter Form beibehalten oder vollständig durch etwas Anderes ersetzen. Auch angesichts der unterschiedlichen Fortschritte in den Regionen und Ländern (sogar innerhalb einzelner Länder) spricht vieles dafür, an den Zielen und den alten Herausforderungen festzuhalten, das Erreichte zu konsolidieren und überall dort, wo ihre Zielerreichung noch aussteht, die Anstrengungen zu verstärken.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, die Lücken und Defizite im Zielkatalog zu schließen und insbesondere die politischen Dimensionen (Demokratie, Menschenrechte und *good governance*; Frieden und Sicherheit) mit einzubeziehen – so mit dem zusätzlichen Ziel „Diktaturen überwinden“ (siehe Abbildung 5).<sup>21</sup>

Abbildung 5: Zusätzliches Millenniumsziel „Diktaturen überwinden“

Zusätzliches Ziel	zwei Zielvorgaben	fünf Indikatoren
<b>Diktaturen überwinden und Demokratien stärken</b>	1. Bis 2020 die Zahl der undemokratischen, menschenrechtsverletzenden Regime halbieren  2. Die Grundsätze einer menschenwürdigen, demokratischen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme umsetzen	1. Zahl der Länder, die als unfrei gelten 2. Parlamente mit echten Befugnissen und einer Frauenquote von 30% 3. Zeichnung, Ratifikation und Umsetzung internationaler Menschenrechtsabkommen 4. Politische Transformationsleistung auf dem Weg zur Demokratie 5. ODA-Quote für Demokratie und good governance fördernde, Parlamente stärkende und menschenrechtsorientierte Programme

Quelle: Holtz 2006: 133

<sup>21</sup> Im Übrigen könnte eine Parlamentarische Versammlung der Vereinten Nationen – Ausdruck einer Transnationalisierung der Demokratie – einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Transformation der Welt und zum *Monitoring* wichtiger internationaler Akteure leisten.

Außerdem sollten qualitative Aspekte berücksichtigt werden, wie die Mehrdimensionalität von Armut oder Fragen nach der Qualität von Bildung, der Bedeutung von Kultur, dem gleichberechtigten Zugang zu sozialen Dienstleistungen oder der Einkommensgerechtigkeit. Die Industrieländer müssen sich verpflichten, auch für sich die unter MEZ 8 aufgeführten Unterziele, die besonders im Klimabereich zu erweitern sind, mit Zeitzielen und konkreten Indikatoren zu verbinden. Sicherlich werden sich auch Schwellenländer noch stärker als bisher bei der internationalen Klimapolitik und der Schaffung von Entwicklungspartnerschaften zu beteiligen haben.

Die verbleibenden Jahre und jenseits von 2015 sind für vermehrte, adäquate Anstrengungen im Sinne der dargelegten Positivfaktoren und unter Vermeidung der Negativfaktoren zu nutzen, und zwar von der lokalen und nationalen über die regionale bis zur globalen Ebene. Auf allen Ebenen ist ein politischer Gemeinwille nötig. In vielen Ländern fehlt der zentrale politische Wille zu Reformen, wie Agrar- und Verwaltungsreformen, und ihrer konsequenten Umsetzung. Immerhin hat sich nach Verabschiedung der Millenniumsziele der Dialog über und die Bereitschaft zu Reformen intensiviert. Der Druck auf die politisch Handelnden muss erhöht werden, damit die auf der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung im Juni 2012 (Rio+20) gemachte Ankündigung kein papiernes Versprechen bleibt, man sei entschlossen, den politischen Willen zur Umsetzung der Agenda für nachhaltige Entwicklung auch im Hinblick auf die MEZ neu zu beleben. (United Nations Conference 2012: 3)

Die Fortschritte bei der Erreichung der Millenniumsziele belegen, dass sich globale Zielsetzungen und Visionen lohnen, adäquate Eigenanstrengungen von Erfolg gekrönt und beispielgebend für andere sind. Auch die Misserfolge und Rückschläge stellen einen Erfahrungsschatz dar, der für eine Wende zum Besseren genutzt werden kann (vgl. Vereinte Nationen 2012: 5).

Immer wieder und aufs Neue müssen Allianzen und Partnerschaften geschmiedet werden – zwischen verschiedenen Akteuren, wie Regierenden, Abgeordneten, internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Unternehmen, der Wissenschaft und Netzwerken, die sich am Leitbild einer menschenwürdigen, nachhaltigen Entwicklung orientieren, zukunftsunfähige, barbarische Wirtschaftsformen ablehnen, ungerechte Strukturen in der Welt bekämpfen und Werten wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz, Achtung vor der Natur und gemeinsam getragene, aber differenzierte Verantwortung global zum Durchbruch verhelfen wollen.<sup>22</sup>

Entwicklung braucht „gute“ nationale, regionale und internationale Rahmenbedingungen, deren Ordnungspolitik sich an menschenrechtsrespektierenden, demokratischen politischen Systemen und an einer sozialen, ökologischen Marktwirtschaft orientiert. Welt(ordnungs)politik bzw. globale Politikgestaltung ist mehr denn je gefragt; sie ist überlebenswichtig und bedeutet besonders auch im Hinblick auf die Millenniumsziele die Verständigung zwischen reicheren und ärmeren Ländern auf eine kohärente, Entwicklungsprozesse fördernde Politik, die zusätzliche Ressourcen durch Handel und Entwicklungsfinanzierung einschließlich neuer Instrumente (wie der Finanztransaktionssteuer) mobilisiert. Die Bedeutung der in der Millenniumserklärung hervorgehobenen globalen öffentlichen Güter für die Erreichung der MEZ – wie Frieden und Sicherheit, Umwelt- und Klimaschutz, Finanzstabilität, Demokratie und *good governance* – erfordert ein entschlosseneres, zielgerichteteres Handeln der Akteure.

Auch nach dem Jahr 2015 werden folgende Politikfelder Priorität haben: die Bekämpfung von Armut, Hunger und sozialer Ungleichheit, ein sozialökologisches, Arbeitsplätze schaffendes, breitenwirksames Wachstum,<sup>23</sup> die Stiftung von Frieden sowie der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte, die Sicherung der Überlebensfähigkeit unseres Planeten und eine nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung und Globalisierung, bei der alle Staaten

<sup>22</sup> Laut Millenniumserklärung sollen diese fünf Grundwerte die internationalen Beziehungen im 21. Jh. prägen (vgl. UN-Generalversammlung 2000: Abs. 6).

<sup>23</sup> Im Schlussdokument der Rio+20-Konferenz (2012) werden zwar einige Leitlinien für „grüne Wirtschaftspolitiken“ aufgeführt, aber verbindliche Orientierungen für die Privatwirtschaft vermieden (United Nations Conference 2012: 10f.).

darauf verzichten, ihren Wohlstand auf Kosten anderer zu sichern, und eine nichtaggressive Koexistenz bevorzugen.

Worin liegt die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit? Sie kann – richtig und noch wirksamer als bisher eingesetzt – Notsituationen entschärfen helfen und sinnvolle Beiträge zur Erreichung der MEZ und der Millenniumserklärung leisten. Sie kann als Leichtgewicht im gesamten Entwicklungsprozess nur Anstoßwirkungen und Anreize für eine Verbesserung der Lage der Menschen in den Entwicklungsländern liefern, subsidiär und komplementär zu Eigenanstrengungen sein und als Katalysator für Problemlösungen dienen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Zu den vordringlichen Aufgaben der Entwicklungspolitik bzw. der Entwicklungszusammenarbeit gehört es, sinnvolle Beiträge zur Armutsbekämpfung zu leisten, demokratische Entwicklungen zu unterstützen sowie nachhaltige, energieeffiziente, klimaverträgliche und kohlenstoffarme Entwicklungspfade zu fördern.

Bundesregierung und Deutscher Bundestag sollten zumindest auch das umsetzen, was der Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) in seinem Prüfbericht über die deutsche Entwicklungspolitik im September 2010 angemahnt hatte (vgl. OECD 2010) und auch zur Realisierung der MEZ beitragen würde:

1. Will Deutschland wirklich das Ziel, 0,7 Prozent des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zur Verfügung zu stellen, bis 2015 erreichen, dann müssten die BMZ-Haushaltsmittel jedes Jahr um fast zwei Mrd. Euro. erhöht werden. Angesichts des unzureichenden politischen Willens und weiterer Unwägbarkeiten für den Bundeshaushalt (etwa durch die angestrebte Schließung von Kernkraftwerken; ungewisse, mögliche Belastungen aus den Euro-Rettungsschirmen) ist es unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung ihre national und international gemachten Versprechungen bezüglich der massiven Steigerung der staatlichen Entwicklungshilfeleistungen einzuhalten gewillt ist.<sup>24</sup>
2. Der DAC forderte Deutschland auf, durch einen am besten vom Bundestag per Gesetz zu beschließenden ODA-Stufenplan die Finanzmittel generell und speziell für Afrika wesentlich zu erhöhen. Erfreulicherweise werden auch eine stärkere parlamentarische Kontrolle und Impulsgebung empfohlen – insbesondere durch den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
3. Der DAC ermunterte Deutschland, die bereits ergriffenen institutionellen Reformen weiterzuführen und zu beschleunigen, um die Wirksamkeit der EZ zu steigern. Gewürdigt wurde die von der Bundesregierung vorangetriebene Bündelung der wichtigsten Organisationen der technischen Zusammenarbeit (GTZ, InWEnt und DED) zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die zum 1. Januar 2011 juristisch vollzogen wurde. Aber die Zusammenführung der Durchführungsorganisationen der technischen und finanziellen EZ, also der GIZ und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, bleibt auf der Agenda.
4. Der DAC mahnte eine bessere entwicklungspolitische Koordinierung innerhalb der verschiedenen Ministerien und auch auf EU- und internationaler Ebene an.
5. Der DAC erwartete zudem eine bessere Kohärenz beim Regierungshandeln in jenen Politikbereichen, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben. Beim Besuch des Prüfungsteams in Deutschland hatte das das BMZ seinen Willen bekundet, die sog.

<sup>24</sup> Unter dem Slogan ‚Das Versprechen einhalten‘ stellte sich im Februar 2011 eine alle Bundestagsfraktionen umfassende Initiative von (Entwicklungs-)Politikern vor. Sie umfasste im November 2011 mehr als 370 Abgeordnete des Deutschen Bundestages (absolute Mehrheit 311), die das Bundeskabinett und den Haushaltsschuss des Bundestages aufforderten, einen Haushalt 2012 sowie eine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen, mit denen das 0,7 Prozent-Ziel bis 2015 tatsächlich erreicht werden könne. Um das Versprechen einhalten und die ODA-Lücke schließen zu können, hätten – so ihr Vorschlag – in den kommenden vier Jahren im Bundeshaushalt die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe beträchtlich gesteigert werden müssen, und zwar im Schnitt pro Haushaltsjahr um mindestens 1,2 Mrd. Euro – ergänzt um innovative Finanzierungsinstrumente. Aber leider verweigerten sich die Regierungsabgeordneten anlässlich der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2012 ihrem eigenen Versprechen; auch Bundesregierung und Entwicklungsminister waren zu substantiellen Erhöhungen nicht bereit.

„Politikkohärenz für Entwicklung“ auf den folgenden vier prioritären Feldern voranzutreiben:

- a. Fragile Staaten und Konflikte (z.B. Beiträge der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik stärker zu verzahnen).
- b. Welthandelsordnung und internationale Finanzmärkte (z.B. die Handelsbedingungen für Entwicklungsländer zu verbessern und die Agrarexportsubventionen abzubauen).
- c. Ernährungssicherung (z.B. die lokale Ernährungssicherheit zu stärken und gleichzeitig die entwicklungsorientierte Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft zu fördern).
- d. Klimawandel und nachhaltige Ressourcennutzung (z.B. Politiken zur Armutsbekämpfung mit Strategien zur Anpassung an den Klimawandel und zum Schutz der Biodiversität zu verbinden; in Schwellen- und Entwicklungsländern Treibhausgasemissionen reduzieren zu helfen).

Laut abschließendem Prüfbericht muss das BMZ jedoch noch spezifische Ziele und einen entsprechenden Ansatz definieren, um in jedem dieser vier Bereiche positive Ergebnisse zu erzielen.

Dem DAC teilte die Bundesregierung auf Anfrage an alle DAC-Mitglieder, was sie zur schnelleren Zielerreichung der Millenniumsziele unternommen habe, mit (vgl. OECD 2011a), dass die Millenniumserklärung den strategischen Rahmen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bilde und Deutschland einen holistischen Ansatz für die MEZ-Erreichung verfolge, der alle Ziele und auch Querschnittsthemen wie Frieden und Sicherheit, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Menschenrechte umfasse. Deutschland lege großen Nachdruck auf die *ownership* des betreffenden Landes, *good governance*, die Förderung eines nachhaltigen, inklusiven und grünen Wachstums, auf Bildung und die Mobilisierung nationaler Ressourcen sowie auf die Stärkung der Zivilgesellschaft und Beiträge des privaten Sektors zur Erreichung der Millenniumsziele. Außerdem besäßen die Verbesserung der Wirksamkeit der Hilfe und die Förderung der Politikkohärenz im Interesse von Entwicklung eine hohe Priorität. Im Rahmen des laufenden Reformprozesses habe das BMZ die deutsche Entwicklungspolitik auf fünf prioritäre Bereiche neu orientiert: Bildung, Gesundheit, *good governance*, ländliche Entwicklung und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Kritisch anzumerken ist, dass – unabhängig davon, dass das BMZ an anderer Stelle andere Prioritäten vorschlägt (vgl. BMZ 2011) – auf die Frage nach einer Erhöhung der ODA-Leistungen nicht eingegangen wird und vieles noch der Umsetzung in die Praxis harret.

Zu den neuen Herausforderungen nach 2015 wird es besonders für jene Länder, die schon Etappenziele erreicht haben (wie die Halbierung der Armut), gehören, darüber hinauszugehen (z.B. die Ausmerzung der Armut). Überfällig ist es außerdem, generell die MEZ mit „Zielen für nachhaltige Entwicklung“ (*Sustainable Development Goals/SDGs*) zu verbinden.<sup>25</sup>

Das Schlussdokument der Rio+20-Konferenz greift zwar das Thema der Nachhaltigkeitsziele auf, bleibt jedoch im Unverbindlichen. Aber wenigstens wurde vereinbart, eine 30-köpfige Arbeitsgruppe aus Regierungsvertretern einzusetzen, die bis zum Herbst 2013 Vorschläge für künftige Nachhaltigkeitsziele vorlegen soll. Nebulös heißt es, dieser „intergouvernementale Prozess“ solle „koordiniert und kohärent“ mit der Post-2015-Entwicklungsagenda erfolgen (vgl. United Nations Conference 2012: 46f.). Ein bereits im Schlussdokument verankertes Nachhaltigkeitsziel bzw. dessen Verwirklichung würde wesentlich zu einer nachhaltigen Entwicklung unseres Globus einschließlich der Minderung von Hunger, Armut und Klimaschocks beitragen, und zwar das Ziel einer „Landdegradierungsneutralen Welt“.<sup>26</sup> Dieses Ziel strebt an, die durch Klimaänderungen und vor allem

<sup>25</sup> Vgl. Global Policy Forum Europe / terre des hommes (Hgg.) (2012): Rio+20. Die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung 2012. Hintergründe – Konflikte – Perspektiven, Bonn – Osnabrück, 38f.

<sup>26</sup> Besonders das Sekretariat der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) hatte sich für die Aufnahme dieses Nachhaltigkeitszieles eingesetzt. Im Kapitel „Desertifikation, Landdegradierung und Dürre“ des Rio+20-Schlussdokuments erkennen die Staaten den dringenden Handlungsbedarf an, die Landdegradierung umzukehren, und erklären, sie „wollen bestrebt sein, eine Landdegradierungs-neutrale Welt im Kontext nachhaltiger

menschliche Aktivitäten induzierten Verluste an Land und Boden durch Maßnahmen eines nachhaltigen Landmanagements und der Revitalisierung von Böden zu neutralisieren, also eine Netto-Null-Bodenverschlechterung zu erreichen. Es zählt zu jenen wichtigen Maßnahmen im Zeitalter des vornehmlich vom menschlichen Handeln geprägten Anthropozäns, in dem eine umfassende Verantwortung für die Stabilität des Ökosystems Erde, die globalen Gemeinschaftsgüter (hier: des Bodens) und für zukünftige Generationen geboten ist.

Ein größeres Engagement ist nötig – vor 2015 und danach: Aus humanitären, solidarischen Gründen wie auch aus wohlverstandener Eigeninteresse an Frieden, Umwelt, Arbeitsplätzen und einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung. Wer Wohlergehen im Norden will, muss bereit sein, zum Wohlergehen in anderen Weltregionen beizutragen.

### *Literatur*

- Acemoglu, Daron / Robinson, James A. (2012): *Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity and Poverty*. New York.
- African Union / African Development Bank / Economic Commission for Africa / UNDP (2011): *Assessing Progress in Africa toward the Millennium Development Goals. MDG Report 2011*, in: <<http://new.uneca.org/mdgreports/mdgreport2011.aspx>> [15.07.2012].
- BMZ (2001): *Aktionsprogramm 2015. Armut bekämpfen. Gemeinsam handeln. Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut*, Materialien Nr. 106. BMZ: Bonn.
- BMZ (2002): *Das Abkommen von Cotonou – Neue Wege in der AKP-EG-Partnerschaft*, Materialien Nr. 118, BMZ: Bonn.
- BMZ (2010): *Die Millenniums-Entwicklungsziele. Hintergründe – Zielerreichung – Engagement*, Bonn und Berlin.
- BMZ (2011): *Chancen schaffen – Minds for Change. Zukunft entwickeln – Enhancing Opportunities*. Bonn und Berlin.
- BMZ (2012): *Zahlen und Fakten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit*, in: <[www.bmz.de/de/ministerium/zahlen\\_fakten/index.html](http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/index.html)> [15.07.2012].
- Collier, Paul (2007): *The Bottom Billion: Why the Poorest Countries Are Failing and What Can Be Done About It*. Oxford University Press: Oxford.
- Dembowski, Hans (2012) : Multilaterale Politik. Umfassende Partnerschaft, in: *E+Z* 53 (1): 4f.
- Deutscher, Eckhard / Ihne, Hartmut (Hg.) (2010): *„Simplizistische Lösungen verbieten sich“. Zur internationalen Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert*. Festschrift zu Ehren von Professor Uwe Holtz. Baden-Baden.
- Deutsche Welthungerhilfe / terre des hommes (2011): *Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. 19. Bericht 2011. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik*. Bonn und Osnabrück.
- Economic Commission for Africa / African Union / African Development Bank (2009): *Assessing Progress in Africa toward the MDGs. MDG Report 2009*. Addis Ababa, Tunis, in: <[www.uneca.org/eca\\_programmes/acgd/Publications/MDGR2009.pdf](http://www.uneca.org/eca_programmes/acgd/Publications/MDGR2009.pdf)> [15.07.2012].
- Economic Commission for Africa / OECD (2010): *The Mutual Review of Development Effectiveness in Africa: Promise and Performance*. Addis Ababa, Paris <[www.oecd.org/dataoecd/15/52/46031577.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/15/52/46031577.pdf)> [15.07.2012].

---

Entwicklung zu erreichen“ (United Nations Conference 2012: 39). Für den weltweiten Stopp der Landdegradierung und damit der Bodenverschlechterung, der Verödung von Ackerland und des Verlustes von Bodenfruchtbarkeit wurde kein Zeitziel genannt; das UNCCD-Sekretariat plädiert für 2030 (vgl. UNCCD Sekretariat 2012).

- EU (2010): *Zwölfpunkte-Aktionsplan der EU zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele* (Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 21. April 2010 – KOM(2010)159 endg.). Brüssel, in: <[http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/COMM\\_COM\\_2010\\_0159\\_MDG\\_DE.pdf](http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/COMM_COM_2010_0159_MDG_DE.pdf)> [15.07.2012].
- European Commission (2006): *Partnership Agreement ACP-EC*. Signed in Cotonou on 23 June 2000. Revised in Luxembourg on 25 June 2005. Luxembourg.
- Food and Agriculture Organization (2009): *State of Food Insecurity in the World 2009*. FAO: Rom.
- Food and Agriculture Organization (2011): *State of Food Insecurity in the World 2011*. FAO: Rom.
- Global Policy Forum Europe / terre des hommes (Hg.) (2012): *Rio+20. Die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung 2012. Hintergründe – Konflikte – Perspektiven*, Bonn und Osnabrück.
- Holtz, Uwe (2005): *Important Outcomes of the Previous Five Round Tables of Members of Parliament on the United Nations Convention to Combat Desertification*. Bonn, in: <[www.unccd.int/Lists/SiteDocumentLibrary/Parliament/2005/report5parl-eng.pdf](http://www.unccd.int/Lists/SiteDocumentLibrary/Parliament/2005/report5parl-eng.pdf)> [15.07.2012].
- Holtz, Uwe (2006): *Die Zahl undemokratischer Länder halbieren! Armutsbekämpfung durch Demokratie, Menschenrechte und good governance*, in: Nuscheler, Franz / Roth, Michèle (Hg.): *Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg?* Bonn: 118-137.
- Holtz, Uwe (2009): *Die Millennium-Entwicklungsziele – eine defekte Vision. Armutsbekämpfung durch Demokratie, Menschenrechte und good governance*, in: Mayer, Tilman / Kronenberg, Volker (Hg.): *Streitbar für die Demokratie*. Bonn: 497-517.
- Holtz, Uwe (2010): *Die Millenniumsentwicklungsziele – eine gemischte Bilanz*, in: *APuZ/Aus Politik und Zeitgeschichte*, 8. März 2010: 3-8.
- Inter-Parliamentary Union (1998): *Democracy: Its Principles and Achievement*. IPU: Genf, in: <[www.ipu.org/PDF/publications/DEMOCRACY\\_PR\\_E.pdf](http://www.ipu.org/PDF/publications/DEMOCRACY_PR_E.pdf)> [15.07.2012].
- Klasen, Stephan (2011): *Maßstäbe gesetzt. 20 Jahre Berichte über die menschliche Entwicklung*, in: *Vereinte Nationen*, 59: 67-71.
- Loewe, Markus (2010): *Afrikanische Entwicklungstrends: Auch Subsahara-Afrika könnte die Millennium Development Goals (MDGs) erreichen*. DIE: Bonn, in: <[www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK\\_contentByKey\)/ANES-8CBJ46/\\$FILE/AuS%207.2010.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-8CBJ46/$FILE/AuS%207.2010.pdf)> [15.07.2012].
- Lundsgaarde, Erik (Hg.) (2011): *Africa Toward 2030. Challenges for Development Policy*. Basingstoke.
- Martens, Jens (2007): *Armutszeugnis. Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen. Halbzeitbilanz – Defizite – Perspektiven*. GPF Europe / terre des hommes: Bonn.
- Nuscheler, Franz / Roth, Michèle (2006): *Die Millennium-Entwicklungsziele: ihr Potenzial und ihre Schwachstellen*, in: Dies. (Hg.): *Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg?* Bonn: 15-42.
- OECD (2010): *Deutschland DAC Peer Review*. Paris, in: <[www.oecd.org/dataoecd/5/43/46270433.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/5/43/46270433.pdf)> [15.07.2012].
- OECD (2009): *The Paris Declaration on Aid Effectiveness and the Accra Agenda for Action*. Paris, in: <[www.oecd.org/dataoecd/11/41/34428351.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/11/41/34428351.pdf)> [15.07.2012].

- OECD (2011a): *Policy Changes in DAC Members' Development Co-operation: Summary of Country Responses*, Paris <[www.oecd.org/dataoecd/17/61/47366173.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/17/61/47366173.pdf)> [15.07.2012].
- OECD (2011b): *Development Co-operation Report 2011*. 50<sup>th</sup> Anniversary Edition. Paris.
- ONE (2011): *The Data Report 2011*. Brüssel, in: <<http://s3.amazonaws.com/one.org/pdfs/dr2011.pdf>> [15.07.2012].
- Radelet, Steven (2010): *Emerging Africa: How 17 Countries are Leading the Way*. Washington D.C.
- Sachs, Jeffrey D. (2005): *Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt*. Siedler Verlag: München.
- Sen, Amartya (1999): Democracy as a universal value, in: *Journal of Democracy*, 10 (3/1999): 3-17.
- Sippel, Lilli / Woellert, Franziska / Klingholz, Reiner (2010): *Schwieriges Wachstum. Bevölkerungsdynamik – das vergessene Thema der Entwicklungspolitik* (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung – Diskussionspapier 4). Berlin, in: <[www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/Veroeffentlichungen/Wachstum/Schwieriges\\_Wachstum\\_online\\_NEU.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Wachstum/Schwieriges_Wachstum_online_NEU.pdf)> [15.07.2012].
- UNCCD Secretariat (2012): *Zero Net Land Degradation. A Sustainable Development Goal for Rio+20* (Recommendations for Policymakers). Bonn, in: <[www.unccd.int/Lists/SiteDocumentLibrary/secretariat/2012/ZNLD%20Summary%20final.pdf](http://www.unccd.int/Lists/SiteDocumentLibrary/secretariat/2012/ZNLD%20Summary%20final.pdf)> [15.07.12].
- UN-Generalversammlung (2000): *Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen* (A/Res/55/2). New York, in: <[www.un.org/depts/german/millennium/ar55002-mill-erkl.pdf](http://www.un.org/depts/german/millennium/ar55002-mill-erkl.pdf)> [15.07.2012].
- UN-Generalversammlung (2001): *Kompass für die Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen. Bericht des Generalsekretärs* (A/56/326). New York, in: <[www.un.org/depts/german/gsonst/roadmap01.pdf](http://www.un.org/depts/german/gsonst/roadmap01.pdf)> [15.07.2012].
- UN General Assembly (2010): *Follow-up to the outcome of the Millennium Summit*, A/65/L.1, New York, in: <[www.un.org/en/mdg/summit2010/pdf/mdg%20outcome%20document.pdf](http://www.un.org/en/mdg/summit2010/pdf/mdg%20outcome%20document.pdf)> [15.07.2012].
- UNDP (2002): *Bericht über die menschliche Entwicklung. Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt*. Bonn.
- UNFPA (2011): *Weltbevölkerungsbericht 2011*. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: New York, Hannover.
- United Nations Conference on Sustainable Development (2012): *The future we want* (outcome document – A /CONF.216/L.1), in: <[https://rio20.un.org/sites/rio20.un.org/files/a-conf.216l-1\\_english.pdf](https://rio20.un.org/sites/rio20.un.org/files/a-conf.216l-1_english.pdf)> [15.07.2012].
- UNFPA (2011): *Weltbevölkerungsbericht 2011*. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: New York, Hannover, in: <[www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/user\\_upload/PDF/WBB\\_2011/WBB\\_2011\\_60dpi.pdf](http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/user_upload/PDF/WBB_2011/WBB_2011_60dpi.pdf)> [15.07.2012].
- United Nations Statistics Division (2008): *Millennium Development Indicators*, in: <<http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Attach/Indicators/OfficialList2008.pdf>> [15.07.2012], auf Deutsch, in: <[www.un.org/depts/german/millennium/MDG-Indikatoren.pdf](http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG-Indikatoren.pdf)> [15.07.2012].
- United Nations Statistics Division (2011): *MDG Progress Chart 2011*, in: <[http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Static/Products/Progress2011/11-31330%20\(E\)%20MDG%20Report%202011\\_Progress%20Chart%20LR.pdf](http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Static/Products/Progress2011/11-31330%20(E)%20MDG%20Report%202011_Progress%20Chart%20LR.pdf)> [15.07.2012]., auf Deutsch,

in: <[www.un.org/Depts/german/millennium/MDG%20Report%202011\\_Progress%20Chart\\_german.pdf](http://www.un.org/Depts/german/millennium/MDG%20Report%202011_Progress%20Chart_german.pdf)> [15.07.2012].

Vereinte Nationen (2000): *Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen* (verabschiedet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Abschluss des vom 6. – 8. September 2000 abgehaltenen Millenniumsgipfels in New York). New York, in: <[www.unric.org/html/german/mdg/millenniumerklaerung.pdf](http://www.unric.org/html/german/mdg/millenniumerklaerung.pdf)> [15.07.2012].

Vereinte Nationen (2010): *Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2010*. New York.

Vereinte Nationen (2011a): *Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2011*. New York.

Vereinte Nationen (2011b): *Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen, Generalversammlung*. Offizielles Protokoll, 66. Tagung, Beilage 1. New York, in: <[www.un.org/depts/german/ga/a-66-1.pdf](http://www.un.org/depts/german/ga/a-66-1.pdf)> [15.07.2012].

Vereinte Nationen (2012): *Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2012*. New York.

World Bank (2011): *Global Monitoring Report 2011. Improving the Odds of Achieving the MDGs*. Washington.

#### *Links:*

Website der Vereinten Nationen für die Millenniumsziele und die MEZ-Indikatoren, in: <<http://mdgs.un.org>> [15.07.2012].

Website der Statistikabteilung der Vereinten Nationen, in: <<http://unstats.un.org>> [15.07.2012].

Website des vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) geschaffenen Programms „MDG Monitor“, in: <[www.mdgmonitor.org](http://www.mdgmonitor.org)> [15.07.2012].

Website der MEZ-Überprüfungsberichte der Weltbank, in: <<http://go.worldbank.org/UVQMEYED00>> [15.07.2012].

Website des BMZ über die Millenniumsziele, in: <[www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/ziele/hintergrund/ziele/millenniumsziele](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/ziele/hintergrund/ziele/millenniumsziele)> [15.07.2012].

Website der OECD über statistische Daten zur Entwicklungspolitik, in: <[www.oecd.org/dac/stats](http://www.oecd.org/dac/stats)> [15.07.2012].